

Impressum

## Arbeitskreis für Agrargeschichte

Vorsitz:  
Prof. Dr. Stefan Brakensiek  
Universität Duisburg-Essen  
Historisches Seminar  
Universitätsstr. 12 - Gebäude R12  
D-45117 Essen  
stefan.brakensiek@uni-duisburg-essen.de

Der AKA-Newsletter wird für den Arbeitskreis für Agrargeschichte zweimal jährlich herausgegeben vom:

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte  
Westf. Wilhelms-Universität Münster

Redaktion und Satz:  
Johannes Bracht M.A.  
Stubenrauchstraße 20  
D-24248 Mönkeberg  
johannes.bracht@gmx.de

[www.agrargeschichte.de](http://www.agrargeschichte.de)



# AKA

newsletter

Nr. 28, August 2011

**Die "Innere Kolonisation" als Spiegel der Debatte um die Bedeutung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert**  
(Liliane Staus) S. 3-9

**Agrarische Wissensgesellschaft ohne Ökonomie?**  
Anmerkungen zu Frank Uekötters Buch "Die Wahrheit ist auf dem Feld"  
(Michael Kopsidis) S. 9-14

Rezensionen S. 16-23

Berichte S. 24-39

Arbeitskreis intern S. 40-45

Förderpreis Agrargeschichte 2012 S. 46

Tagungskalender S. 52-57

Mitgliedernachrichten S. 58-64



[www.agrargeschichte.de](http://www.agrargeschichte.de)

Titelbild: Archiv für Agrargeschichte, siehe auch S. 2

Verehrte Mitglieder,

da nun mehr als ein Jahr seit dem letzten Newsletter vergangen ist, ein Zustand, den ich nicht noch einmal zuzulassen verspreche, hat sich einiges aufgestaut. Viel Erfreuliches, aber auch sehr Betrübliches. Der Reihe nach.

- Zunächst möchte ich an die Vergabe des Förderpreises Agrargeschichte 2012 an Liliane Staus aus Luxemburg erinnern. Eine Zusammenfassung ihrer Arbeit finden Sie auf den folgenden Seiten. Die Beteiligung an dem Wettbewerb war erfreulich, so dass sich die Mitgliederversammlung in diesem Jahr entschloss, den Preis auch für 2012 auszuschreiben. Bitte machen Sie Ihre StudentInnen darauf aufmerksam (S. 46).



- Im September kamen in Brighton über 240 Forscher zusammen, um die erste europäische Konferenz zur Agrargeschichte abzuhalten. Daniel Reupke ist meinem Aufruf gefolgt und hat die von ihm besuchten Sektionen zusammengefasst (S. 33). Ihm gebührt herzlicher Dank dafür. In Brighton wurde der Entschluss gefasst, eine „European Rural History Society“ zu gründen, die dem Fach international mehr Ansehen verleihen soll. Wenn diese Gesellschaft auch noch in den Kinderschuhen steckt und auch die künftige Organisations- und Finanzierungsstruktur noch im Unklaren blieb, so steht doch schon fest, dass im Frühjahr 2013 eine zweite „Rural History Conference“ stattfinden wird, vermutlich in der Schweiz.

- Vor wenigen Tagen ist der von Frank Konersmann und Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt herausgegebene Band „Bauern als Händler“ erschienen, in dem Beiträge der AKA-Sommertagung 2006 versammelt sind (S. 60). Beide mussten bei ihrer Arbeit erleben, dass die Finanzierung von Sammelbänden immer schwieriger wird. Nicht zuletzt der AKA machte es schließlich möglich, dass der Band erscheinen konnte. Er dürfte dazu beitragen, den Begriff des Bauern in Zukunft noch differenzierter zu behandeln. Ich erinnere mich, dass wir in der Schlussdiskussion 2006 die Frage diskutierten, wen wir als Bauern bezeichnen können, oder ob unser Fach gar – ob seiner Vieldeutigkeit – auf den Begriff verzichten sollte. Es entstand die Idee zu einer Tagung über „Bilder vom Bauern“, die dann auch 2009 von Daniela Munkel organisiert wurde. Dieser Band soll spätestens Anfang 2012 erscheinen.

- Die kommende AKA-Tagung wird ausnahmsweise keine thematische Festlegung beinhalten, sondern allgemein aktuellen Forschungen gewidmet sein. So soll auch solchen Forschern ein Forum geboten werden, deren institutionelle Rahmenbedingungen wenig Austausch mit Agrarhistorikern zulassen oder für deren Präsentation es möglicherweise aufgrund geringer Forschungsdichte keine entsprechenden Fachtagungen hierzulande gibt. Für diese Tagung läuft ein Call-for-papers (S. 50).
- Auf der Mitgliederversammlung im Juli wurde nichts weniger als ein Zusammenschluss des AKA und der Gesellschaft für Agrargeschichte diskutiert. Das von Stefan Brakensiek verfasste Positionspapier findet sich in diesem Heft nochmals im Abdruck (S. 40). Wie zu erwarten war, wurde das Thema kontrovers diskutiert. Nicht nur die Fusion als solche, auch die nach wie vor unterschiedlichen Organisationskulturen und sogar die Anziehungskraft des Begriffs „Agrargeschichte“, der nun beiden Organisationen zu eigen ist, wurden diskutiert. Es wurde beschlossen, dass der Vorstand basisdemokratisch ein Meinungsbild aller Mitglieder einholt, um weitere Schritte zu planen.
- Zuletzt muss ich Ihnen die traurige Mitteilung machen, dass Jan Peters am 30. Juni 2011 verstorben ist. Er wurde 79 Jahre alt. Die Zeit war zu knapp, um einen Nachruf zu verfassen, der auch nur annähernd dem Leben und Werk Peters gerecht werden kann. Ich möchte an dieser Stelle nur daran erinnern, dass Peters ein AKA-Mitglied der ersten Stunde war. Die Mitglieder seiner Arbeitsgruppe „Ostelbische Gutsherrschaft“ stellten über viele Jahre eine Basis des Arbeitskreises dar.

Allen, die zu diesem Heft beitrugen, gebührt mein Dank.

Wie immer hoffe ich, dass auch für Sie unter den Themen des Heftes etwas dabei ist.

Ihr Johannes Bracht

Zum Titelbild: Es stammt aus dem Archiv für Agrargeschichte, Bestand Auguste Maeder (AfA Nr. 721). Beim Porträtierten handelt es sich Daniel Carrard, einen Bauern, der bei den schweizerischen Milchstreiks 1945 und 1947 aktiv war. Das Bild stammt aus dem Jahr 1951 und wurde anlässlich der Zwangsversteigerung einer Kuh von Carrard auf dessen Hof aufgenommen. Die Zwangsversteigerung fand statt, weil sich Carrard der Milchablieferungspflicht widersetzt hatte, und deshalb eine Buße auferlegt bekam, die er aber zu bezahlen sich weigerte. Eine Dokumentation und Analyse der Milchstreiks in der Schweiz im 20. Jahrhundert befindet sich im Buch Peter Moser/ Beat Brodbeck: Milch für alle, Baden 2007, S. 54-90. Für die Nutzung danke ich herzlich Peter Moser und dem Archiv für Agrargeschichte.

## **Die „Innere Kolonisation“ als Spiegel der Debatte um die Bedeutung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert**

Zusammenfassung der Magisterarbeit  
von Liliane Staus

Die mit dem Förderpreis Agrargeschichte 2010 ausgezeichnete Arbeit befasst sich mit der Früh- und Herkunftsgeschichte der *Innere Kolonisation*. Bei dieser Bewegung, die in den 1890er Jahren einen ersten Höhepunkt erlebte, handelte es sich um die planmäßige Erweiterung der Schicht von Klein- und Mittelbauern, zunächst vor allem in den östlichen Provinzen Preußens. Die Innere Kolonisation wurde und wird in der deutschen Historiographie primär unter dem Gesichtspunkt der antipolnischen Germanisierungspolitik betrachtet. Die Magisterarbeit fragt demgegenüber nach den verschiedenen Ursachen und Faktoren hinter dieser Bewegung. Die Innere Kolonisation war keineswegs nur ein agrarpolitisches Instrument – in ihr traf vielmehr ein ganzes Bündel unterschiedlicher Motive aufeinander.

In der Kolonisationsbewegung kreuzten sich die sozialen und wirtschaftlichen Umbruchserfahrungen einer Gesellschaft, die dem Prozess einer zunehmenden Urbanisierung ausgesetzt war. Die Akteure verarbeiteten dabei die Einsicht, dass die Industrie die Landwirtschaft und die Stadt das Land schon bald an Einfluss übertreffen würden, und nutzten die Innere Kolonisation als gesellschaftlichen Deutungsrahmen, wie die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft aussehen sollte. Dabei fusionierten nationalpolitische Intentionen mit wirtschafts- und sozialpolitischen Anliegen.

### **I. Methodik und Quellenlage**

Die Arbeit legt ihren Schwerpunkt darauf die gesellschaftlichen und sozialen Hintergründe der „Inneren Kolonisation“ aufzuzeigen. Die Frage, inwieweit man die Innere Kolonisation als eine soziale Bewegung einordnen kann, die versucht mit wissenschaftlichen Mitteln Gesellschaft und Staat zu verändern, dient hierbei als Richtschnur.

Neben der Schutzzollpolitik und der Förderung landwirtschaftlicher Vereine stellte das ländliche Siedlungswesen eines der wichtigsten staatlichen Mittel der Agrarprotektion dar, jedoch wurde dieser Tatsache in der agrargeschichtlichen Forschung kaum

Beachtung geschenkt. Es existieren Darstellungen der Inneren Kolonisation in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, eine Beschäftigung mit der Siedlung im Kaiserreich hat indessen fast gar nicht stattgefunden. Die Arbeit konzentriert sich besonders auf die preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, in denen staatliche und private Siedlungsinitiativen nebeneinander existierten, und umfasst den Zeitraum von 1886 bis 1913. Die Quellenlage kann als sehr gut bezeichnet werden. Bis 1945 wurde eine Fülle von Schriften über die ländliche Siedlung veröffentlicht. Die Auswahl des Materials für die vorliegende Arbeit konzentrierte sich auf die ‚Schriften des Vereins für Socialpolitik‘ und das ‚Archiv für innere Kolonisation‘. Die beiden Publikationen können als wichtigste Plattformen der Inneren Kolonisation gesehen werden. Zusätzlich wurden noch Monographien und Aufsätze bedeutender Akteure der Inneren Kolonisation wie Max Sering, Herrmann Metz oder Friedrich von Schwerin herangezogen.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Der erste Block beschäftigt sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Jahrhundertwende werden unter Berücksichtigung der fortschreitenden Industrialisierung betrachtet. Dazu wird die Agrar- und Industriestaatsdebatte deutscher Nationalökonomen nachgezeichnet, die einen Einblick in die zeitgenössische, wissenschaftliche Wahrnehmung der Landwirtschaft erlaubt und die Motive der Agrarpolitik illustriert. Das zweite Kapitel beschreibt den Wandel der Landwirtschaft, ihre zunehmende Einbindung in den Weltmarkt und ihre Mechanisierung und geht auf die Verteilung des Grundbesitzes und die verschiedenen Betriebsgrößen ein.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Akteure der Inneren Kolonisation behandelt. Der ‚Verein für Socialpolitik‘, sowie die ‚Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation‘ werden vorgestellt, und zudem ihre wichtigsten Publikationen und Protagonisten benannt. Anschließend werden die Gesetzgebung und die Organisation der Inneren Kolonisation betrachtet. Um zu verstehen, welche Rolle die Antipolenpolitik innerhalb der Siedlungsbewegung einnahm, werden die wichtigsten ausführenden Organe des Siedlungswerkes, die Ansiedlungskommission, die Generalkommission und die Siedlungsgesellschaften beschrieben. Zudem werden Unterschiede zwischen der Vorgehensweise der Ansiedlungskommission und der Generalkommission bei der Schaffung von Rentengütern erläutert. In einem weiteren Schritt wird auf die Kritiker der Siedlungsbewegung, die Großgrundbesitzer, die Sozialdemokraten und die Polen eingegangen. Wie standen sie zur Inneren Kolonisation, wie sahen diese Gruppen die ländliche Siedlung und die Landbevölkerung? In einem Zwischenfazit werden staatliche und private Siedlungstätigkeit, Ansiedlungskommission und Generalkommission miteinander verglichen.

Im letzten Teil der Arbeit werden die Quellen auf bestimmte Topoi der Siedlungsbewegung untersucht. Die landwirtschaftliche Siedlung nahm in der Wissenschaft und Publizistik des 19. Jahrhunderts einen breiten Raum ein, wobei häufig auf dieselben Denk- und Ausdrucksschemata zurückgegriffen wurde. Wenn vom ‚Bauern‘, vom ‚Landarbeiter‘, vom ‚Kleinbetrieb‘ und vom ‚Großbetrieb‘ gesprochen wurde, wurden im Subtext feststehende Vorstellungen dieser einzelnen Begriffe vermittelt. Daneben wird darauf eingegangen, mit welchen Argumenten die Vertreter der ländlichen Siedlung die Unterstützung der Inneren Kolonisation einforderten.

## II. Ergebnisse

Der Siedlungsbewegung liegt ein komplexes Ursachengeflecht zugrunde. Zu Beginn der Inneren Kolonisation stand der Wunsch, ein Gegengewicht zu einer nach Ansicht der Zeitgenossen zu einseitigen Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands zu schaffen. Die Bewegung der Inneren Kolonisation war verknüpft mit einem Bewusstsein der landwirtschaftlichen Krise und versuchte Lösungen für die Probleme und Antworten auf die Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte zu finden. Mit dem Programm der Inneren Kolonisation wollte man den Prozessen der Industrialisierung, der Binnenwanderung und der Proletarisierung entgegenzutreten. Die Überzeugung, dass eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft Deutschlands und eine Behebung der durch die Industrialisierung hervorgebrachten Schäden, nur durch die Erhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, vor allem durch die Schaffung einer starken mittelbäuerlichen Schicht, erreicht werden könne, wurde von einer Mehrheit der Bildungsbürger geteilt. Jedoch ist es unzulässig, in der Inneren Kolonisation nur ein agrar- und sozialpolitisches Instrument zu sehen, da das zunächst unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten konzipierte Programm der Inneren Kolonisation ab 1886 polnisch-nationalen Beweggründen Vorrang einräumte. Es konnte jedoch im Verlauf dieser Arbeit bewiesen werden, dass die Ursprünge des Siedlungsgedankens in einer Reform der Landwirtschaft lagen, die einerseits die Nahrungsmittelproduktion steigern sollte und andererseits einen breiten bäuerlichen Mittelstand als gesellschaftliche Basis schaffen wollte. Die Konzessionen, welche die Vertreter der Inneren Kolonisation an die Nationalitätenpolitik machten, lagen darin begründet, dass ohne die antipolnische Stoßrichtung der Siedlungsbewegung eine breite Unterstützung der Gesellschaft nicht zu erreichen war. Es ist fraglich, ob die preußischen Abgeordneten bei einer rein agrar- oder sozialpolitischen Zielsetzung der ländlichen Siedlung einen solch massiven staatlichen Eingriff in den Bodenmarkt zugelassen hätten.

Die Ambivalenz der Siedlungspolitik wird in dem Nebeneinander der Generalkommission und der Ansiedlungskommission in den Provinzen Posen und Westpreußen deutlich. Es existierte eine starke Diskrepanz zwischen den Zielen der beiden Hauptsiedlungsträger. Während die Generalkommission sich an den Wünschen der Rentengutsbewerber orientierte und mit Siedlern zusammenarbeitete, die aus der Siedlungsprovinz selbst stammten, war die Ansiedlungskommission durch nationalpolitische Vorgaben eingeschränkt. Siedlungen sollten nur in geschlossenen Dorfsystemen angelegt oder an bereits existierende deutsche Gemeinden angegliedert werden. Die Generalkommission hingegen vergab Rentengutsstellen an polnische Siedler und arbeitete mit polnischen Parzellierungsgesellschaften zusammen. Diese kauften nicht nur deutschen Besitz auf, sondern polnische Gutsbesitzer boten auch ihren Besitz nicht mehr länger der Ansiedlungskommission zum Verkauf an. Die deutsche Ansiedlungspolitik trug dazu bei, dass auch die polnische Bevölkerung verstärkt Siedlungsarbeit leistete. Dieser Erfolg der polnischen Siedlung unter den Rentengutssetzungen trug zur Verschärfung der antipolnischen Bodenpolitik bei. Mit den Argumenten, dass die Polen durch Ankäufe der Ansiedlungskommission unterstützt würden und, dass die Großgrundbesitzer die ‚natürlichen Führer‘ der Bauernschaft und die technischen Vorreiter im Agrarwesen seien, förderte die Regierung zunehmend den Ankauf deutscher Güter, die Schaffung von Restgütern und den Kauf von Domänen und Forsten, die anschließend an deutsche Großgrundbesitzer verpachtet wurden.

Der nationalpolitische Aspekt ermöglichte den Vertretern der Inneren Kolonisation ihr Programm über den Status einer agrarpolitischen Reform zu heben und sich so die Unterstützung der Regierung im Rahmen der antipolnischen Gesetzgebung zu sichern. Gleichzeitig führte diese Konzession jedoch dazu, dass in den Folgejahren der nationalpolitische Aspekt der Siedlung immer stärker in den Vordergrund gestellt wurde und die agrar- und sozialpolitische Reform der Landwirtschaft in den Hintergrund rückte.

Die Frage, inwieweit das Programm der Inneren Kolonisation Reformcharakter hatte und die Klein- und Mittelbetriebe modernisieren wollte, zieht sich als roter Faden durch die gesamte Arbeit. Wollte die Siedlungsbewegung eine Rückkehr des Bauern zu vorkapitalistischen Zeiten erreichen oder ihm innerhalb des Rentengutes einen Schutzraum bieten, um sich den veränderten Strukturen der Landwirtschaft anzupassen? Dass diese Frage nicht eindeutig zu beantworten ist, hat sich im Laufe der Arbeit herausgestellt. Die Ursache dafür liegt im inhärenten Widerspruch der Inneren Kolonisation, der typisch ist für die Moderne an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert.

Die Selbstwahrnehmung der Vertreter der Inneren Kolonisation war die einer Reformbewegung, die mit modernen Ansichten die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft zu verändern suchte. Das Ziel der Inneren Kolonisation war es, die Probleme zu lösen, die mit dem Wandel der Landwirtschaft und der zunehmenden Industrialisierung einhergingen. Dabei oszillierte die Bewegung zwischen einem Festhalten an Traditionen und progressiven Forderungen. Reformüberlegungen fand man in Form von strukturellen Veränderungen der Bodenbesitzverteilung und der Produktionsweise: Die Grundbesitzverteilung und das Vorherrschen des Großgrundbesitzes wurden als Ursache für die Landflucht gesehen. Eine Steigerung der Agrarproduktion wurde durch die Förderung des Kleinbetriebs angestrebt, der sich aufgrund der diversifizierten Nahrungsmittelproduktion und der Arbeit auf Familienbasis im Vergleich zum Großbetrieb als krisenfester erwiesen hatte. Die Klein- und Mittelbetriebe sollten die technischen Innovationen der Großbetriebe übernehmen und somit dem Großbetrieb endgültig überlegen sein. Gleichzeitig sollte ein starker bäuerlicher Mittelstand zur Eindämmung der Sozialdemokratie dienen: Die Sozialdemokraten sahen den bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb dem Großbetrieb unterlegen und verweigerten eine Unterstützung der bäuerlichen Betriebe. Hinzu kam, dass die ländliche Bevölkerung sich, stärker noch als die städtische Bevölkerung, in einem Traditionsgeflecht von Christentum, Monarchie und Konservatismus eingebunden sah. Diese Verbindung mit den herrschenden konservativen Kräften wurde durch den Agrarprotektionismus der Regierung, der für die Landbevölkerung eine Koalition mit den Sozialdemokraten in weite Ferne rücken ließ, noch verstärkt.

Der Diskurs der Inneren Kolonisation wurde auf zwei unterschiedlichen Ebenen geführt. Einerseits stützten die Autoren der Inneren Kolonisation sich auf Statistiken, Zahlenmaterial und empirische Untersuchungen, andererseits wurde auf Denk- und Ausdrucksschemata zurückgegriffen, die auf einem emotionalen Fundament ruhten. Diese Leitbilder der Inneren Kolonisation waren häufig der Vergangenheit entnommen. Sie offenbarten ein diffuses Unbehagen an der Moderne und den Versuch einer Orientierung an vergangenen Lebensmodellen. Die Idee, dass durch die Schaffung eines bäuerlichen Mittelstandes eine sozialharmonisierende Bauernklasse entstehen könnte, in der ein vertikaler Aufstieg durch die Bearbeitung des eigenen Bodens möglich sei, basierte auf der anachronistischen Vorstellung eines vorkapitalistischen einheitlichen Bauernstandes. Auch die Bevorzugung des Familienbetriebs basiert auf einem idealisierten Bild der Landwirtschaft. In den Augen der Vertreter der Inneren Kolonisation konnte der Bauer ‚sparsamer‘ wirtschaften, da er keine Arbeiter zu bezahlen habe. Hierbei wurde jedoch die landwirtschaftliche Realität verkannt, in welcher der bäuerliche Betrieb seine Produktion nur aufgrund der Mehrarbeit von



Ehefrau und Kindern steigern konnte und die ‚Sparsamkeit‘ des Bauern zulasten von Ernährung und Bildung der bäuerlichen Familie ging.

In der Bewegung der Inneren Kolonisation fanden sich weder Forderungen nach Aufhebung des Gesinderechts, noch wurde die Ausschließung der Landarbeiter aus der Sozialpolitik kritisiert. Es wurde verkannt, dass die Ursache für die Abwanderung der Landarbeiter nicht hauptsächlich in der Grundbesitzverteilung lag, sondern im niedrigeren Lohn, der informellen Untertänigkeit gegenüber dem Gutsherrn und der körperlichen Schwerstarbeit unter schlechtesten Bedingungen.

Die Fürsprecher der Siedlungsbewegung sahen den ‚Bauern‘ als Träger und Bewahrer sozialer und gesellschaftlicher Werte, wie der unermüdlichen, selbstlosen Arbeit, sowie von Besitz und Eigentum, von Familie und Religion, von Sitte und Tradition. Die Analyse der Agrar- und Industriestaatsdebatte im ersten Kapitel hat vor Augen geführt, dass die wissenschaftliche Wahrnehmung der Landwirtschaft nicht nur durch die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft geprägt war, sondern dass die Mehrheit der Natur- und Geisteswissenschaftler, aber auch breite Schichten der Bevölkerung, die Landbevölkerung als einen gesellschaftlich, politisch, militärisch und auch moralisch unentbehrlichen Teil der Gesellschaft empfanden. Dennoch können die Vertreter der Inneren Kolonisation keineswegs als rückwärtsgewandt oder reaktionär bezeichnet werden. Die Innere Kolonisation stellte einen durchaus realistischen Versuch dar, auf Basis einer Kritik an den Schattenseiten der Industrialisierung und der veränderten Landwirtschaft, Vorschläge zur Reform einer ländlichen Gesellschaft zu machen, die in einer technisierten und am Markt orientierten Landwirtschaft einen anderen, ausgewogeneren Weg der industriellen Moderne verkörpern sollte. Hierbei sollten mit zeitgemäßen Mitteln Elemente der Vormoderne erhalten werden. Diese ambivalente Allianz von Tradition und Fortschritt war charakteristisch für die deutsche Gesellschaft, deren Modernisierungsbewegungen nicht zeitgleich, sondern zeitversetzt verliefen. Der Fortschritt des 19. Jahrhunderts, die Industrialisierung, die Verstädterung und der Wandel der Landwirtschaft wurden reflektiert und oftmals für negativ befunden. Das Programm der Innere Kolonisation bot eine Projektionsfläche für die Ängste und Befürchtungen der Fürsprecher der Siedlungsbewegung vor einer negativen Entwicklung der Moderne. Zugleich stellte es jedoch auch ein gezieltes, auf modernen Organisationsprinzipien und wissenschaftlichen Untersuchungen basiertes Programm dar, das die Möglichkeit aufzeigte, eine Veränderung der Moderne innerhalb der Landwirtschaft und damit innerhalb der gesamten Gesellschaft zu erreichen.

## Quellen

Archiv für innere Kolonisation. (AIK) Monatsschrift der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, hg. v. Heinrich Sohnrey. Bd. 1 – 6 (1909-1914).

Schriften des Vereins für Socialpolitik, hg. im Auftrag des Vereins für Socialpolitik. (Schriften) Bd. 32 - 58 (1886-1893)

## Darstellungen

Blanke, Richard: Prussian Polish Policy and the Polish Minority in Prussia under Bismarck and Caprivi 1886-1894, Diss. Phil. University of California Berkeley 1970.

Münkel, Daniela: Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000.

Reif, Heinz: Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994.

Scott, Eddie/Kouschil, Christa: The Ethnopolitics of Land Ownership in Prussian Poland, 1886-1918. The Land Purchases of the Ansiedlungskommission, Toronto 2002.

---

Liliane Staus ist angehende Lehrerin und lebt in Luxemburg

## Agrarische Wissensgesellschaft ohne Ökonomie? Anmerkungen zu Frank Uekötters Buch „Die Wahrheit ist auf dem Feld“

von Michael Kopsidis

Das vorliegende Buch stellt den ersten Band der Reihe „Umwelt und Gesellschaft“ dar.\* Diese hat den Anspruch, bei der Analyse umwelthistorischer aber auch gegenwartsbezogener Fragestellungen in einem interdisziplinären Ansatz den Geisteswissenschaften stärkere Geltung zu verschaffen. Um es vorweg zu sagen, das Buch von Frank Uekötter ist ein Meilenstein, dennoch bleiben Einwände. Tatsächlich verschafft das Konzept der „agraren Wissensgesellschaft“ neue wichtige Perspektiven auf und Einsichten in die deutsche Agrarentwicklung seit dem Kaiserreich. Bisher dominierte in der deutschen Agrargeschichtsschreibung zum Verhältnis von Forschung zur landwirtschaftlichen Entwicklung ein unkritischer, um nicht zu sagen wissenschaftsgläubiger Ansatz, der impli-




---

\* Uekötter, Frank: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft, Göttingen 2010, 524 Seiten, 49,95 Euro.

zierte, dass das einzige Problem einer dynamischen Agrarentwicklung darin bestehe, möglichst rasch gegen alle Widerstände den Anteil an Bauern zu erhöhen, der zügig alle Innovationen der Forschung in die Praxis umsetzt. Fällt der technische Fortschritt langsamer aus als erhofft oder tauchen Probleme auf, so sind in einem solchen Ansatz nicht die Innovationen oder die ‚scientific community‘ selber zu hinterfragen, sondern die bäuerlichen Gesellschaft, die es mit ihrem ‚irrationalen Beharrungsvermögen‘ mal wieder ‚verpatzt‘ hat.

Das große Verdienst von Frank Uekötter besteht darin, en detail, vorbildlich vor allem für die Zwischenkriegszeit, nachzuweisen, welch „kognitiver Blindflug“ den Agrarfortschritt begleitete, auf welch dünnem Eis sich die Agrikulturchemie auf ihrem Siegeszug bewegte. Keine Spur bleibt mehr von angeblich gesicherten Erkenntnissen einer ihr Handeln voll überblickenden kleinen agro-industriellen Wissenselite, die sich allein aufgrund ihres Wissensvorsprunges und ihrer rationalen Grundhaltung gegenüber Ansätzen der landwirtschaftlichen Bakteriologie und Bodenkunde durchsetzte, die schließlich randständig in den Ökolandbau eingingen. Diese Konflikte innerhalb der agrarischen Wissensgesellschaft werden nicht nur gründlich analysiert, sondern sprachlich exzellent dargelegt.

Ein zweiter zentraler innovativer Erkenntnisstrang ergibt sich aus der Einsicht, dass die Agrarproduzenten bzw. ‚die Bauern‘ keine passiven Adressaten einer überlegenen landwirtschaftsfremden Wissensgesellschaft waren, sondern dass die ‚Praxis‘ bzw. die Betriebsleiter diese ganz entscheidend mitgestaltet haben. Frank Uekötter weist überzeugend nach, dass weitaus mehr als in anderen Wirtschaftssektoren bis zum Zweiten Weltkrieg Erfahrungswissen in der Landwirtschaft hoch angesehen war, wenn nicht sogar als Forschungsergebnissen überlegen galt und selbst in den agrarischen Wissenschaften nur die Ansätze als ernst zu nehmende Forschung galten, die in der landwirtschaftlichen Praxis Anerkennung fanden, unabhängig von der wissenschaftlichen Qualität ihrer Forschungsergebnisse. Mitnichten lässt sich demnach der Triumph der Agrikulturchemie in Deutschland aus der Forschungsentwicklung heraus erklären. Soweit ist dem Autor auch zuzustimmen.

Doch dann fangen die Fragen an. Frank Uekötter folgend war die Fähigkeit der Agrikulturchemie entscheidend, durch massierten Ressourceneinsatz Nichtwissen kompensieren zu können und hohe Erträge zu erwirtschaften, ohne kurzfristig mit ertragsmindernden ökologischen Konsequenzen konfrontiert zu werden. Die angeblich im weltweiten Vergleich hohe Fehlertoleranz mitteleuropäischer Böden hätte demnach in Deutschland entscheidend dazu beigetragen, die Entfaltung der industrialisierten Intensivlandwirtschaft und ihre phänomenalen Ertragssteigerungen zu erklären. Doch warum hat die Agrikulturchemie nicht nur in Mitteleuropa, sondern im Zuge der

Grünen Revolution in Asien, wenn nicht weltweit, in den vergangenen fünf Jahrzehnten zu bis dahin nicht gekannten Ertragssteigerungen geführt? Mitteleuropa ist hier beileibe kein Einzelfall.

Frank Uekötter spricht vor allem für die Nachkriegszeit vom bewussten ‚strategischen Vergessen‘ der Agrarproduzenten, die ihr eigenes reiches Wissen über den Boden quasi ‚über Bord warfen‘ und so den „kognitiven Blindflug“ der agrarischen Wissensgesellschaft erst ermöglicht haben. Allein schon auf das Problem hingewiesen zu haben, dass Bauern ein reiches Erfahrungswissen über den Boden hatten, das innerhalb kürzester Zeit für die Agrarproduzenten keinen Wert mehr hatte, stellt einen nicht zu unterschätzenden Perspektivwechsel für die zukünftige historische Forschung dar. Bauern waren demnach keine ‚Unwissenden‘ denen endlich durch die Wissenschaft geholfen wurde, sondern sie entschieden sich bewusst für eine ganz neue Form des Wissens. Fraglich ist nur, ob Frank Uekötter mit seinem sehr stark akteurszentrierten Ansatz und einer nicht übersehbaren Abneigung gegen strukturorientierte Modelle befriedigende Erklärungen für das „strategische Vergessen“ liefert.

Lag der entscheidende Grund für die Verdrängung aller ‚organischer‘ Ansätze zur Ertragssteigerung, die auf Verbesserungen des Bodens abzielten und einer breiten Definition von Bodenfruchtbarkeit folgten, nicht eher darin begründet, dass diese Art des Landbaus deutlich arbeitsintensiver war und ist, Arbeitskräfte aber besonders nach 1950 in nie gekanntem Ausmaß aus der Landwirtschaft in produktivere Sektoren abwanderten, nicht weil sie dazu gezwungen waren, sondern weil auch ländliche Schichten am wachsenden Wohlstand teilhaben wollten? Gleichzeitig verlangten die Konsumenten nach billigen Nahrungsmitteln. Unter dem Druck beständig steigender Reallöhne bei sinkenden Kapitalkosten, wachsender bäuerlicher Einkommensansprüche und einer klaren Konsumentenpräferenz für billige Nahrungsmittel blieb nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich nur die Alternative einer kapitalintensiven, arbeitssparenden Landwirtschaft (und dies nicht nur in Deutschland). Für die Gegenwart lässt sich aber durchaus fragen, ob sich ökologischer Landbau nicht auch sinnvoll mit hoch technisierter, verwissenschaftlichter Landwirtschaft verbinden lässt.

Es ist Frank Uekötters – angesichts der massiven Probleme der modernen industrialisierten Landwirtschaft – durchaus legitime Intention, alternative agrarische Entwicklungspfade aufzuzeigen, nur darf die Sehnsucht nach neuen Wegen nicht dazu führen, dass eine Offenheit der Agrarentwicklung suggeriert wird, die es so nicht gab, auch wenn es immer mehr als einen Weg gibt. Im Diskurs lassen sich relativ einfach Alternativen aufzeigen, doch wenn man dann deren ökonomische Konsequenzen analysiert, schrumpft der Spielraum für neue Wege erheblich.

Frank Uekötter diskutiert nicht, inwieweit die Herausbildung einer agrarischen Wissensgesellschaft von ökonomischen Entwicklungen determiniert wird. Vielmehr scheint für ihn festzustehen, dass die Kausalkette nur in die umgekehrte Richtung verlaufen kann. Hält man sich aber die Ergebnisse der umfangreichen agrarökonomischen Forschung zur Richtung der Agrarforschung vor Augen, ist hier, zurückhaltend formuliert, Vorsicht angebracht. Immerhin verlangt der Aufbau einer „agrarischen Wissensgesellschaft“ enorme volkswirtschaftliche Ressourcen, sprich Investitionen. Solche Mittel stehen aber erst zur Verfügung, wenn eine dynamische Agrarentwicklung schon eingesetzt hat und bei günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in vollem Gang ist. So lässt sich, ohne in einen einseitigen ökonomischen Determinismus zu verfallen, durchaus die These vertreten, dass bestimmte ökonomische Entwicklungen erst die Entstehung einer agrarischen Wissensgesellschaft induzieren und langfristige Veränderungen der relativen Faktorpreise eine große Rolle für die Investitionslenkung auch in der Forschung spielen. Gerade das von Uekötter angeführte Beispiel der krisenhaften Agrarentwicklung Mittel- und Osteuropas ist hierfür ein hervorragendes Beispiel. Nicht das Fehlen einer agrarischen Wissensgesellschaft, wie von ihm vermutet, sorgte hier für eine gehemmte Agrarentwicklung. Vielmehr blockierten hier historisch gewachsene strukturelle Probleme und äußerst ungünstige Marktbedingungen in der Zwischenkriegszeit die Landwirtschaft, so dass keine ökonomischen Perspektiven für umfangreiche Investitionen in die Entwicklung einer agrarischen Wissensgesellschaft vorlagen. Es gibt kein Beispiel für die Entstehung einer agrarischen Wissensgesellschaft unter ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen.

Insbesondere in Uekötters Ausführungen für die Zeit nach 1950 und seinen umfassenden Interpretationen der deutschen Agrarentwicklung macht sich die fehlende Berücksichtigung ökonomischer Ansätze als Konsequenz eines stark soziologie- und diskurslastigen, vom Einfluss wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weitgehend bereinigten Konzeptes der agrarischen Wissensgesellschaft schmerzlich bemerkbar. Die fehlende Berücksichtigung der intensiven deutschen und internationalen agrarökonomischen Forschung der letzten Jahrzehnte zu den Determinanten der Richtung des technischen Fortschritts und der Agrarforschung führt dann in manchen Fällen zu Fehlschlüssen. So argumentiert er, dass der Großbetrieb nach 1950 nicht alternativlos gewesen sei, denn wenn er so eindeutig ökonomisch überlegen gewesen wäre, hätte er sich ja schon im Kaiserreich unter dem Druck der ‚ersten Globalisierung‘ durchsetzen müssen. Weiterführend, nur die spezifische Ausbildung der agrarischen Wissensgesellschaft in der Zwischenkriegszeit und danach könne den angeblich späten Übergang zum Großbetrieb in Deutschland erklären.

Man muss dieser Argumentation des Autors nicht folgen. Neuere agrarökonomische und wirtschaftshistorische Forschung zeigt vielmehr, dass die Art des (biologisch)-technischen Fortschritts während der „ersten Globalisierung“ Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur in Europa einschließlich Russland, sondern auch in China und Asien insgesamt den intensiv wirtschaftenden Familienbetrieb begünstigte, während insbesondere in Europa der (Getreide anbauende) Großbetrieb nur dank massiver staatlicher Protektion überleben konnte. Es war erst der nach 1950 bei stark zunehmenden Arbeitskosten massiv forcierte mechanisch-technische Fortschritt, der aufgrund der schlechteren Teilbarkeit der betreffenden Kapitalgüter die Tendenz zu steigenden Betriebsgrößen erzwang. Vieles spricht für die These der beiden Entwicklungsökonomien Yujiro Hayami und Vernon W. Ruttan, dass fast jede Art biologisch-technischen Fortschritts von der Fruchtwechselwirtschaft bis zu genveränderten Pflanzen nur schwache Auswirkungen auf die Agrarstruktur hat, verglichen mit den weitreichenden Folgen mechanisch-technischen Fortschritts. Ein Rückgriff auf holzschnittartige und gescheiterte Modernisierungstheorien der 1950er Jahre, wie Frank Uekötter ihn implizit vollzieht, mit unhaltbaren Gleichsetzungen von Globalisierung gleich Kapitalismus gleich Großbetrieb, die in der Agrarentwicklungsforschung seit den 1960er Jahren überwunden sind, stellt dagegen einen analytischen Rückschritt dar.

Schwer nachzuvollziehen aus agrarökonomischer Sicht ist ebenfalls, dass die preisstabilisierende Subventionspolitik nach 1950 erst den Aufschwung des hoch spezialisierten Großbetriebes ermöglichen haben soll, während der deutlich kleinere Gemischtbetrieb Preisschwankungen gut verkraftet hätte, da er hätte ausweichen können. Die Preisstützungspolitik der EU hat in großer Zahl Betriebe künstlich am Leben erhalten, die unter Weltmarktpreisbedingungen nicht lebensfähig waren und wirkte somit in erheblichem Maße strukturkonservierend. Nicht wettbewerbsfähig waren und sind Gemischtbetriebe, denn verglichen mit spezialisierten Großbetrieben liegt der Arbeitskräftebesatz eines kleinen Gemischtbetriebes deutlich höher und Rationalisierungspotenziale existieren kaum. Hinzu kommt, dass aufgrund hoher Fixkosten ein flexibles Reagieren auf relative Preisänderungen nur eingeschränkt möglich ist. Ein Überleben der von Frank Uekötter favorisierten Gemischtbetriebe wäre nur möglich gewesen, wenn die betreffenden Arbeitskräfte, aus welchen Motiven auch immer, mit einer dauerhaft noch geringeren Entlohnung einverstanden gewesen wären. Ein wohl eher unwahrscheinliches Szenario. Es sei auch daran erinnert, dass alle Studien für Deutschland zur Zukunft einer Landwirtschaft ohne Subventionen zu dem Ergebnis kommen, dass die Betriebsgrößen noch deutlich steigen werden. Vielmehr hat die EU-Agrarpolitik bis Anfang der 1990er Jahre gerade in Deutschland

den Strukturwandel stark verlangsamt. Die seitdem sich abzeichnende Liberalisierung bestätigt den Zusammenhang zwischen Subventionspolitik und Strukturerehalt, denn seit der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die Agrarpolitik der EU ist eine deutliche Forcierung des Strukturwandels zu erkennen. Mit anderen Worten, die Tendenz zur Betriebsvereinfachung nach 1950 mit ihren enormen ökologischen Kosten war nicht das Ergebnis einer bestimmten Ausformung der agrarischen Wissensgesellschaft, sondern erfolgte aufgrund harter ökonomischer Zwänge. Weiterführend gedacht, eine ‚Aussöhnung‘ zwischen Ökonomie und Ökologie in der Landwirtschaft bleibt weiterhin sehr schwierig und kann im Grunde nur gelingen, wenn die Verbraucher bereit sind, wesentlich höhere Preise für Lebensmittel zu bezahlen. Die Betriebsstruktur ostdeutscher ökologisch wirtschaftender Betriebe zeigt zudem, dass Betriebsgröße und Umweltbelastung nicht automatisch negativ korreliert sein müssen.

Dass der Brückenschlag zwischen Geisteswissenschaften und Ökonomie nicht gelungen ist, ist zwar sehr zu bedauern, aber man muss dem Autor zugutehalten, dass dies in der internationalen und deutschen Forschung ein bisher ungelöstes Problem ist und Ökonomen hier auch eine gehörige Mitschuld tragen. Bei aller Kritik, das Buch von Frank Uekötter ist ein großer Schritt vorwärts für die agrarhistorische Forschung.

---

Michael Kopsidis ist Mitarbeiter des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO in Halle

## Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte

Herausgegeben von Peter Blickle, Stefan Brakensiek, Erich Landsteiner, Heinrich Richard Schmidt und Clemens Zimmermann

Frank Konersmann / Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt

### **Bauern als Händler**

Ökonomische Diversifizierung und soziale Differenzierung  
bäuerlicher Agrarproduzenten (15.-19. Jh.)

2011. VIII/214 S., geb. € 49,-. ISBN 978-3-8282-0542-0

Das Anliegen der Autoren ist es, das nach wie vor normativ überfrachtete Bild von den Bauern in der Vergangenheit zu überwinden, auf wesentliche Konstellationen bäuerliche Existenz aufmerksam zu machen und neue Wege der Analyse offen zu legen. Denn holzschnittartige Beschreibungen „typisch bäuerlichen“ Handelns haben in den letzten Jahren zunehmend deutlicher ihre geringe Tragfähigkeit zu erkennen gegeben. In der Agrargeschichte wird es zukünftig vor allem darauf ankommen, die Bandbreite bäuerlicher Handlungsmöglichkeiten aufzuspüren und zu erläutern, um beispielsweise tradierte Deutungsmuster einer zeitübergreifenden Stadt-Land-Differenz aufzuheben.

*Weitere Bände in Vorbereitung:*

*Katherine M. Brun*

**The abbot and his peasants:  
Building the territorial state in  
Salem, 1473-1637**

2011. ca. 400 S., gb. ca. € 64,-  
ISBN 978-3-8282-0546-8

*Christine Fertig*

**Soziale Beziehungen in der ländlichen Gesellschaft**

Integration und Klassenbildung in  
Westfalen (19. Jahrhundert)

2011. ca. 300 S., gb., ca. € 49,-  
ISBN 978-3-8282-0547-5

*Kai-Henrik Günther*

**Sizilianer, Flamen, Eidgenossen**

2011. ca. 350 S., gb. ca. € 54,-  
ISBN 978-3-8282-0548-2

*Niels Grüne*

**Dorfgesellschaft – Konflikterfahrung – Partizipationskultur**

Sozialer Wandel und politische Kommunikation in Landgemeinden der badischen Rheinpfalz (1720-1850)

2011. ca. 480 S., geb. ca. € 68,-  
ISBN 978-3-8282-0505-5

et LUCIUS  
LUCIUS



[www.luciusverlag.com](http://www.luciusverlag.com)





**Annegret Braun: Frauen auf dem Land. Eigenständige Landwirtinnen, stolze Sennerinnen, freiheitssuchende Sommerfrischlerinnen und viele andere; Elisabeth Sandmann Verlag, München 2010, 160 Seiten, 24,95 EUR**

rezensiert von Bernd Hüttner (Bremen)

Annegret Braun berichtet in ihrem Buch über das Leben von Frauen auf dem Land in den letzten 100 bis 150 Jahren. Sie erzählt am Beispiel einzelner Biographien von Leben und Arbeit zwischen Feldarbeit und Melkschemel; aber auch von den beruflichen Perspektiven, den ersten Biobäuerinnen, der ländlichen Heiratspraxis, von selbstbewussten, modern und innovativ denkenden Bäuerinnen oder dem ländlichen Rundfunk, der von Frauen für Frauen produziert wurde.

Die Sehnsucht nach ländlicher Idylle ist derzeit nahezu allgegenwärtig; Landleben ist zum Trendthema geworden, das etwa in Zeitschriften wie der Ende 2005 gegründeten und enorm erfolgreichen *Landlust* („die schönsten Seiten des Landlebens“) und ihren Imitaten affirmativ und verklärend behandelt wird. Brauns Buch kann sich diesem Trend und dieser Sichtweise nicht ganz verschließen, auch wenn zu merken ist, dass dieses Buch von einer Wissenschaftlerin geschrieben wurde, die aufzeigen will, wie sich das Landleben verändert hat.

Sicher ist es positiv, darüber zu schreiben, dass Landfrauen schon rund um die Uhr auf dem Feld, im Stall oder im Haus arbeiteten, als das Wort „Multitasking“ noch nicht erfunden war, aber das bringt die enorme körperliche und psychische Belastung, die Schinderei der bäuerlichen Arbeit zum Verschwinden. Sicher waren es häufig die Frauen, die die Technik auf dem Hof einführten, wie Braun es ein paar Mal im Kapitel über die Veränderungen der Arbeitswelt beschreibt, oder die sich in der ökologischen Landwirtschaft auskennen, die Initiative ergreifen oder, wie Margarete von Wrangell agrarwissenschaftliche Forschungen betreiben. Dies blendet aber aus, dass bis vor kurzer Zeit die allermeisten Landfrauen und Bäuerinnen in einem von männlicher Dominanz geprägten patriarchalischen Umfeld agieren mussten – und es da wahrlich nicht leicht hatten.

„Frauen auf dem Land“ bringt aus einer agrargeschichtlichen Perspektive betrachtet wenig neues, aber es erzählt von Frauen, die sich im ländlichen Milieu behauptet haben und immer noch behaupten. Das Buch ist mit 150 Abbildungen reichhaltig illustriert und sehr angenehm zu lesen. Die 1962 geborene Annegret Braun wuchs als Bauerntochter auf. Sie machte eine Ausbildung zur Krankenschwester und studierte später Volkskunde / Europäische Ethnologie. Sie schrieb ihre Doktorarbeit über den Frauenfunk des Bayerischen Rundfunks 1945-1968 (Münster etc. 2005). Heute ist sie Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und arbeitet über Frauen- und Familienforschung sowie zu Brauch - und Glücksforschung.

**Sawahn Anke, Die Frauenlobby vom Land. Die Landfrauenbewegung in Deutschland und ihre Funktionärinnen 1898 bis 1948, Frankfurt/Main 2009.**

rezensiert von Peter Moser

Weder in der Agrar- noch in der Frauengeschichtsschreibung ist den Frauen in der ländlichen Gesellschaft bisher die ihnen gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden. Daran hat auch die Konjunktur der Geschlechtergeschichte in den letzten Jahrzehnten nichts geändert. Bis heute stehen ländliche Frauen in der Forschung im Schatten ihrer urbanen bürgerlichen und proletarischen Mit- und Gegenstreiterinnen. Umso erfreulicher ist es, dass Anke Sawahn die Landfrauenbewegung resp. ihre bekanntesten Repräsentantinnen in Deutschland zwischen 1898 und 1948 zum Thema ihrer Dissertation gemacht hat.

Wenn Sawahn von „Landfrauen“ spricht, meint sie in erster Linie die Organisation und einzelne Exponentinnen, nicht *die* auf dem Land lebenden und arbeitenden Frauen. Im hier vorzustellenden Buch geht es deshalb um die weibliche Besitz- und Bildungselite auf dem Land, die oft adeliger Herkunft war, sowie um städtisch sozialisierte Frauen, die sich agrarpolitisch engagierten. Angelehnt an die von Alf Lüdtker angeregte Perspektive auf die gesellschaftlichen „Funktionseliten“ fragt Sawahn danach, wie auf mittleren und unteren gesellschaftlichen Hierarchiestufen strategische Entscheidungen durchgesetzt wurden und wie die soziale Vernetzung dieser „Funktionseliten“ auf organisatorischer Ebene wiederum Ressourcen bot, um die Interessen der Landfrauenvereine geltend zu machen. Sawahns Untersuchungsgegenstand ist deshalb nicht nur für die Agrargeschichte, sondern auch für die historische Genderforschung und die Geschichte weiblicher Organisationsformen von grosser Relevanz.

Im Zentrum der Analyse stehen 21 Protagonistinnen der deutschen Landfrauenbewegung, deren Biographien über drei politische Systeme hinweg – Monarchie, Republik, Diktatur und wieder Republik – für die Zeitspanne von 1898 bis 1948 verfolgt werden. Die vor allem an den Biographien entwickelte These von Sawahn lautet, dass es die Landfrauenbewegung verstanden habe, diese an Zäsuren reiche deutsche Geschichte mit einer bemerkenswerten Kontinuität zu durchleben, die entscheidenden politischen Umbrüche zu nutzen und sich mit erstaunlichen Anpassungsstrategien in den verschiedenen politischen Systemen mit ihren jeweiligen Handlungsräumen zu bewegen. Gemäß Sawahn war es eine Mischung politischer, sozialer und organisatorischer Handlungsstrategien, die zu dieser Kontinuität geführt haben. Dabei orientierten sich die Protagonistinnen zum einen eng an staatlichen und auf Verbandsebene organisierten Körperschaften, die über eine nicht unbedeutende agrarpolitische Entscheidungsmacht verfügten. Dadurch rückte auch die Organisation ausgesprochen eng an die Machtzentren heran. Zum anderen boten die Erfolge der bürgerlichen Frauenbewegungen den Exponentinnen der Landfrauenbewegung aus-



reichend Anschauungsmaterial für den Aufbau sozialer Netzwerke, organisatorischer Strukturen und für die Nutzung von Medien und das Besetzen von gesellschaftspolitischen Themen wie der weiblichen Berufs- und Schulbildung auf dem Land oder die Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der Arbeit für Haushalt und Familie.

Im ersten Teil der Arbeit wird die Gründung der ersten Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine in Ostpreussen in den Kontext der organisatorischen Anstrengung einer ländlich orientierten weiblichen Führungselite um 1900 gestellt und diese als Ausdruck einer Interessenpolitik im Prozess der Transformation von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft interpretiert. Im zweiten Teil wendet die Autorin ihren Blick auf die Provinz Hannover, wo während des Ersten Weltkrieges Landwirtschaftliche Hausfrauenvereine entstanden. Im dritten Teil schließlich wird die Perspektive wieder ausgeweitet und die „Gleichschaltung“ der Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine in den Reichsnährstand nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten geschildert. Die symbolische Aufwertung des bäuerlichen interpretierten viele Exponentinnen als gesellschaftliche Anerkennung für ihre organisatorische und politische Aufbauarbeit seit der Jahrhundertwende und stellten sich mit Begeisterung in den Dienst der Reichsnährstandes. Dieser bot zudem gut ausgebildeten und über Erfahrung im Organisationswesen verfügenden Landfrauen soziale und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Was mit dem Engagement begann, ein „besseres Leben für die Landfrauen“ zu erreichen, endete nicht selten mit der Bestätigung des Staatsgedankens von „Blut und Boden“.

Die Fokussierung auf die Protagonistinnen ist nachvollziehbar, birgt aber auch große Risiken in sich. Weil fast alle in der Studie berücksichtigten Exponentinnen „Aufgaben im Reichsnährstand“ erfüllten, entsteht der Eindruck einer einseitig auf den Nationalsozialismus hin zusteuernden Entwicklung (auch) der Landfrauenbewegung. Zudem verleitet die Konzentration auf die 21 Exponentinnen die Autorin dazu, von den Positionen der Protagonistinnen etwas vorschnell auf jene der Basis zu schließen, weil „die Repräsentantinnen im Auftrag ihrer Klientel tätig“ geworden seien. Das ist nicht überzeugend. Wenn weder große Differenzen zwischen den Eliten und den Mitgliedern noch Versuche zu deren Beilegungen bekannt sind, so hängt das vermutlich mehr mit der momentanen Quellenlage zusammen als mit der sozialen Realität auf dem Land in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hier wünscht man, dass die Autorin ihre für vorliegende Arbeit vorbildlich durchgeführte, äußerst verdienstvolle Suche und Sicherstellung von Quellen zu den Eliten auf der lokalen Ebene und im Bereich der „einfachen Mitglieder“ weiterführen wird. Denn erst die Analyse und Interpretation solcher Quellen wird es möglich machen, sich mit dem Verhalten der Bäuerinnen und anderer innerhalb- und außerhalb der Landwirtschaft tätigen Frauen auf dem Land auseinanderzusetzen (und auch andere Fragen an die von den Exponentinnen hinterlassenen Quellen zu stellen). Mit einer Ausweitung der Quellenbasis werden sich zudem auch Anknüpfungspunkte zu den Lebenswelten und Verhaltensweisen von Frauen auf dem Land außerhalb Deutschlands ergeben. In der Schweiz etwa sind in den letzten Jahren nicht nur die Nachlässe der nationalen Landfrauenorganisationen sichergestellt und erschlossen worden, sondern auch

zahlreiche Bestände von regionalen und lokalen Bäuerinnen- und Landfrauenvereinen und von einzelnen Bäuerinnen, die es nun zu erforschen gilt (vgl. dazu das Online-Portal *Quellen zur Agrargeschichte* auf [www.agrararchiv.ch](http://www.agrararchiv.ch)).

Anke Sawahn ist mit ihrer Dissertation eine spannende Analyse einer „Frauenlobby vom Land“ gelungen. Hoffentlich verleiht die Arbeit der Forschung so starke Impulse, dass sich künftig AutorInnen auch mit den Lebenswelten und Verhaltensweisen von Bäuerinnen und anderen „ordentlichen“ Mitgliedern der Landfrauenverbände zu beschäftigen beginnen.

**Thomas Diehl: Adels Herrschaft im Werraraum. Das Gericht Boyneburg im Prozess der Grundlegung frühmoderner Staatlichkeit (Ende des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts), Darmstadt und Marburg 2010 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte; 159)**

rezensiert von Susanne Rappe-Weber

Die Boyneburg, eine brüchige Ruine, liegt abseits der Dörfer mitten im Wald auf einem Bergrücken und ist auch für den versierten Wanderer mangels präziser Beschilderung nicht ohne weiteres zu finden. Schon in der Frühen Neuzeit hatte sie viel von ihrem imposanten Charakter verloren, war doch das gleichnamige, in mehrere Stämme geteilte Adelsgeschlecht längst in neue, bequemere steinerne Häuser in den herrschaftseigenen Dörfern der Umgebung umgezogen. Dabei spielte die Burg bei der Gründung der Landgrafschaft Hessen im 13. Jahrhundert eine entscheidende Rolle, als Landgraf Heinrich von Hessen 1292 die Burg von dem deutschen König Adolf von Nassau erhielt und sie seinerseits zusammen mit der Stadt Eschwege dem Reich als Lehen antrug. Doch diese Mediatisierung führte keineswegs dazu, dass sich das Geschlecht derer von Boyneburg mit den ihm zustehenden grund- und gerichtsherrschaftlichen Berechtigungen widerstandslos in die sich etablierende Landesherrschaft in Hessen einfügte. Vielmehr, so die Ausgangsthese von Thomas Diehl, der mit dieser Arbeit 2008 an der Universität Kassel promoviert wurde, konnte sich der hessische Landgraf im Bereich des Gerichts Boyneburg erst nach dem Dreißigjährigen Krieg als Territorialherr über einen arrondierten Flächenstaat durchsetzen. Bis dahin blieb es im Verhältnis des Landgrafen zu den von Boyneburg bei einer rein lehensmäßigen Unterstellung, die mit der Belehnung von 1460 festgeschrieben wurde. Das Gericht Boyneburg stellte bis weit ins 17. Jahrhundert ein in die Landgrafschaft nur lose eingebundenes Gebiet dar, in dem die Mehrzahl der Untertanen zu allererst und in vielen Fällen ausschließlich den Herren von Boyneburg gehorchte.

Diehl schließt damit an eine neuere Forschungslinie an, die in der verdichteten Adelslandschaft Hessens, so auch im Werraraum, ein konstitutives, keineswegs rand-



ständiges Element der Landgrafschaft sieht\*. In einem weiteren Kontext verbindet sich diese Beobachtung mit regional weit gespannten Forschungen zu adliger Herrschaftsbeteiligung in den deutschen Territorialstaaten der Frühen Neuzeit. Über die ständische Vertretung hinaus traten die Adelsgeschlechter auf lokaler und regionaler Ebene den Untertanen gegenüber mit stark verdichteten Herrschaftsrechten eigener Provenienz entgegen und behaupteten sich aufgrund dieser Rechte (Grund-, Gerichts- sowie Patronatsrechte) gegenüber den Ansprüchen der Reichsfürsten. Untersuchungen dazu, etwa für die ländlichen Verhältnisse östlich der Elbe, richten sich u.a. auf die Ausdehnung der adligen Eigenwirtschaften im Verhältnis zum Bauernland oder mit Blick auf die Abschöpfung bäuerlicher Arbeitskraft durch Zwangsdienste oder auf den Aspekt der Unfreiheit bzw. schwacher Besitzrechte der Bauern an dem von ihnen bewirtschafteten Land. In diesem Punkt unterscheidet sich das hessische Beispiel von vielen Vergleichsfällen, denn der Aspekt minderer bäuerlicher Rechte spielt im Fall der boyneburgischen Herrschaft keine zentrale Rolle. In ihren Dörfern waren die bäuerlichen Stellen in Erbzinsleihe ausgegeben, konnten also unter dem Vorbehalt erheblicher Transaktionsgebühren für die Grundherrschaft vererbt, veräußert und frei bewirtschaftet werden. Zudem waren die Untertanen persönlich frei. Über die Bewirtschaftungspraxis der adeligen Güter erfährt man – vielleicht mangels Quellen – allerdings nicht viel. Diehl analysiert vielmehr, wie die Boyneburgs ihre Grund- und Gerichtsrechte systematisch arrondierten und über die Dörfer, in denen ihre Untertanen die Hofstellen mehrheitlich besetzten, eine gleichsam territoriale Herrschaft beanspruchten, die sie den Landgrafen in Kassel selbstbewusst entgegen setzten. Eine wesentliche Grundlage dafür stellte der zwischen den drei boyneburgischen Stämmen errichtete Fideikommiss von 1512 dar, mit dem der langfristige Zusammenhalt des Geschlechts sichergestellt wurde.

In den zum Gericht Boyneburg gehörenden 19 Dörfern besaßen die Boyneburgs die Grundherrschaft über 88% der Hofstellen. Sie verfügten über die hohe und die niedrige Gerichtsbarkeit sowie Patronatsrechte in der Mehrzahl der Dörfer. Zudem bewohnten die einzelnen Familien des Adelsgeschlechts mehrere feste Häuser in den Dörfern und unterhielten etliche Vorwerke. Die drei sehr unterschiedlich begüterten Familienstämme B.-Hohenstein, B.-Bischhausen und Laudenbach sowie B.-Stedtfeld, die sich jeweils aus mehreren Häusern zusammensetzten, hatten sich auf einen Stammesältesten verständigt, der das Geschlecht nach außen repräsentierte und notwendige Abstimmungen im Binnenraum vornahm. Darüber hinaus standen sich die boyneburgischen Stämme bzw. Häuser aber durchaus auch als Konkurrenten gegenüber. Welche Herrschaftspraxis sich auf dieser Konstellation im 16. und 17. Jahrhundert gründete, zeigt Diehl anhand einer Fülle unterschiedlicher Quellen auf. Insbesondere geht er auf Konflikte im Grenzbereich verschiedener Herrschaftssphären ein, etwa bei konkurrierenden Grundherrschaften an einem Ort oder strittigen Gerichtsrechten, anhand derer die erfolgreiche Strategie der Boyneburgs, sich als lokale und regionale Ordnungsmacht darzustellen, überzeugend nachgewiesen wird.

---

\* Eckart Conze, Alexander Jendorff, Heide Wunder (Hg.): Adel in Hessen. Herrschaft, Selbstverständnis und Lebensführung vom 15. bis ins 20. Jahrhundert, Marburg 2010.

Der Trend zur Herrschaftsverdichtung gegenüber den Untertanen wird anhand zweier Policy-Ordnungen aus den Jahren 1591 und 1608 verdeutlicht. Diese enthalten zwar Hinweise auf die Mitwirkung der dörflichen Gemeinden bei der Abfassung und setzten die weithin übliche gemeindliche Selbstverwaltung nach wie vor in vielen Bereichen voraus. Dort aber, wo mit der Policy-Ordnung positiv Recht gesetzt wurde, ging das meist mit Zurückweisungen der Gemeinden einher, deutlich ablesbar etwa an der Rügepflicht, die die älteren gemeindlichen Rügegerichte abgelöste. Hier wie auch an anderen Stellen arbeitet Diehl begrifflich sorgfältig das Gefüge von übereinstimmenden und gegenläufigen Interessen zwischen Obrigkeit und Untertanen, aber auch innerhalb der dörflichen Gemeinden selbst heraus. Insbesondere markiert er, wie mit der Neufassung von 1608 der eigenständige boyneburgische Herrschaftsanspruch, der immer analog zu der von Landgraf Moritz in Kassel ausgehenden Landesherrschaft formuliert wird, noch stärker in den Vordergrund tritt. Begrifflich überzeugend ist auch die Bezeichnung „Zweiter Mann“ für die boyneburgischen Amtsträger, um alle Aspekte der in einer Person zusammengeführten Beauftragung als Amtmann, Richter und Gutsverwalter zu erfassen. Zusammen mit der Präsenz der adeligen Herren und ihrer Familien in den Dörfern standen diese „zweiten Männer“ für eine intensive, sehr direkte Form der Herrschaftsausübung, die keinen weiteren bürokratischen Apparat brauchte. Vielmehr dominierten die Boyneburgs mit schlossartigen Adelssitzen in sechs Dörfern durch ihre Anwesenheit alle anderen Herrschaftsberechtigten. Als Höhepunkt in der Ausübung der Herrschaftsrechte kann der detailliert nachgezeichnete „Rittmannshäuser Konflikt“ zwischen 1617 und 1619 gelten, in dem die dörfliche Gemeinde von Rittmannshausen eine Neuregelung der Policy-Ordnung ablehnte und auf ihrer Zuständigkeit für die Überwachung der Wald- und Flurordnung einschließlich der Bestrafung bei Vergehen mit rituellen Bierstrafen beharrt. Nur vorübergehend fand die Gemeinde Rückhalt bei der landgräflichen Regierung. Letztlich stützte Landgraf Moritz die Position der v. Boyneburg und ließ das von dem boyneburgischen Gericht gefundene Urteil gegen die Gemeinde, das schon die Universität Marburg bestätigt hatte, quasi mit militärischer Gewalt durchsetzen.

Das Kräftefeld zwischen Landesherr, adliger Herrschaft und bäuerlichen Gemeinden änderte sich erst mit dem Dreißigjährigen Krieg nachhaltig zugunsten der nunmehr auch das boyneburgische Territorium einschließenden Landesherrschaft. Infolge der bis 1642 unaufhörlichen Einquartierungen, Verwüstungen, Brandschatzungen und anderen Kriegshandlungen verloren die in den Dörfern lebenden adeligen Herren und ihre Familien die Grundlage ihrer Herrschaft. 1626 flohen die Boyneburgs vorübergehend in ihr Stadtquartier in Eisenach, die Gemeinden wandten sich Hilfe suchend nach Kassel, jedwede Ordnung war zusammen gebrochen, die auf persönlicher Herrschaftsausübung beruhende Macht der Boyneburgs war durch die Kriegereignisse diskreditiert. Mit dem Ende des Krieges fügte sich das Gericht Boyneburg ganz in den landesherrlichen Rahmen, was mit der Entscheidung, die verfallene Boyneburg nicht wieder aufzubauen, auf Dauer augenfällig blieb.

Diehl verzichtet bis auf die Darstellung des Rittmannshäuser Falles auf „Nahaufnahmen“ einzelner boyneburgischer Herren oder einzelner dörflicher Zusammenhänge, die manchmal den Typus einer Herrschaft in besonderer Weise verdeutlichen

können. Es mag dem Mangel entsprechend dichter Quellen geschuldet sein, dass somit das Innenleben der adeligen Familien in ihren (über-) regionalen Netzwerken, aber auch das Mit- bzw. Gegeneinander innerhalb der Gemeinden etwas blass bleibt. Dafür entschädigt der über das ganze Buch durchgehaltene systematische Zugriff, der stets den Gesamttraum des fast zwanzig Dörfer umfassenden Herrschaftsgebiets der Boyneburgs im Blick hält und eine klare Argumentation für den historischen Ort der Adels Herrschaft liefert.

**Industriegewerkschaft Bau Agrar Umwelt (Hg.): 100 Jahre Landarbeitergewerkschaften. In schwierigem Gelände: Landarbeiter und Landarbeitergewerkschaften. Zur Geschichte der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt/Main 2008, 150 S.**

rezensiert von Bernd Hüttner

Diese unter der Redaktion von Rainer Fattmann entstandene Publikation ist eine klassische Organisationsgeschichte. Sie fügt – lässt man bei einem solchen Produkt wohl unvermeidlichen selbstlegitimierenden Aspekte weg – der spärlichen Literatur zu Landarbeitern und Landarbeiterinnen einen lesenswerten und gut lesbaren Titel hinzu. Man will, so das Vorwort, „die historische Entwicklung der Gewerkschaften im Bereich des Gartenbaus, der Land- und Forstwirtschaft (...) in Grundzügen darstellen“.

Der Anlass für diese Broschüre war die hundertste Wiederkehr der am 21. und 22. Februar 1909 erfolgten Gründung des „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands“, der sich dann 1913 in „Deutscher Landarbeiter-Verband“ (DLV) umbenannt. Zwar hatte es schon vorher sehr zaghafte Organisationsversuche, vor allem im städtischen Gartenbau, gegeben, die Gesindeordnung und die repressiven ländlichen Strukturen verhinderten aber die Organisation des ländlichen „Proletariats“. Fattmann referiert in den sieben chronologisch angeordneten Kapiteln immer wieder die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen für das gewerkschaftliche Handeln und weist z.B. darauf hin, dass die Sozialdemokratie ein schlüssiges Agrarprogramm viel zu spät – zum Ende der Weimarer Republik - entwickelte. Es wird – neben der Aufzählung von Daten und Fakten, etwa zur Entwicklung der Mitgliedszahlen des DLV oder zur Landwirtschaft allgemein – deutlich, dass sich die Gewerkschaften, neben ihrem Kerngeschäft der Sozial- und Tarifpolitik, bis in die 1950er Jahre hinein auch als Kultur- und Bildungsbewegung verstehen. Dieses Selbstverständnis schwand erst, als das Ausbildungswesen geregelt, sprich verstaatlicht wurde und die Veränderungen der Lebensweisen zum Tragen kamen.

Die anderen Organisation im Feld der Landarbeiter werden ebenfalls erwähnt. Da ist zum einen die Konkurrenzorganisation zum DLV, der 1912 gegründete christlich-nationale „Zentralverband der Landarbeiter (ZdL)“. Der „Bund der Landwirte“ (BdL), ein von Großagrariern dominierter, schon 1893 gegründeter berufsständischer Verband der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, bildet die Gegenseite. Pikanterweise

lehnt der BdL jede Zusammenarbeit mit dem ZdL ab. In der Praxis nähern sich die Arbeitsweisen der beiden Gewerkschaften ZdL und DLV jedoch aber an, und nach dem Ende des Nationalsozialismus wird dann 1949 die GGLF als parteipolitisch neutrale Einheitsgewerkschaft gegründet. 1976 erreicht die GGLF mit nur noch 39.000 Mitgliedern ihren Tiefststand, obwohl sie damit über ein Drittel aller damals in der Landwirtschaft abhängig Beschäftigten zu ihren Mitgliedern zählen kann. Ein großer, und in den nachfolgenden Jahrzehnten steigender Anteil unter den Mitgliedern stammt aus der Forstwirtschaft und dem Gartenbau. Zum 1. Januar 1996 fusioniert die GGLF mit der damaligen IG Bau Steine Erden zur IG BAU (Bau – Agrar – Umwelt), die sich – so der Tenor des von Alf Mayer verfassten Schlusskapitels – heute als Vertretung der ArbeitnehmerInnen in jenen Sektoren versteht, die von einem sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft profitieren würden (Landwirtschaft, Bauwesen), aber auch mit Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union konfrontiert ist. Ein relativ nutzloser Exkurs zur internationalen Gewerkschaftspolitik, der vor allem aus einer Ansammlung ellenlanger Organisationsnamen besteht, rundet den mit einem Literaturverzeichnis versehen Band ab.

Insgesamt wird der vierfarbig illustrierte Band den im Vorwort formulierten Anspruch gerecht. Er bietet einen guten Einstieg in und Überblick über das Thema und ist damit ein wichtiger Beitrag zu einer Sozialgeschichte der Arbeit im ländlichen Raum. Die in den Gewerkschaften organisierten einfachen Mitglieder kommen als Agierende leider nicht vor, das war aber auch nicht das Ziel dieser Publikation.



**Bericht zur öffentlichen Arbeitstagung der  
Schweizerischen Gesellschaft für ländliche Geschichte (SGLG)  
„Zugänge zur ländlichen Gesellschaft“,  
St. Gallen, 30. April 2011.**

von Juri Auderset

Was ist ländliche Gesellschaft? Wie nähern sich unterschiedliche Disziplinen wie die Geschichtswissenschaft, die Ethnologie oder die Soziologie diesem Untersuchungsgegenstand? Und mit welchen Methoden und Erkenntnisinteressen wird dabei operiert? Diese Fragen standen im Zentrum einer öffentlichen Arbeitstagung der Schweizerischen Gesellschaft für ländliche Geschichte (SGLG), die am 30. April 2011 in den Räumlichkeiten des Stadthauses in St. Gallen stattfand. Die Arbeitstagung lässt sich damit in einem Forschungsfeld verorten, das in den letzten Jahren merklich in Bewegung geraten ist und mit der ländlichen Gesellschaft einen facettenreichen und – wie die Diskussionen während der Tagung unter Beweis stellten – kaum strikt abzugrenzenden und eindeutig definierbaren Untersuchungsbereich wieder ins Blickfeld von HistorikerInnen, Sozial- und KulturwissenschaftlerInnen gerückt hat. Nachdem die über Jahrzehnte von der Modernisierungstheorie geprägten Sozialwissenschaften die ländliche Gesellschaft fast ausschließlich durch eine urban-industrielle Brille gesehen und entsprechend thematisiert haben, scheinen mit der wachsenden Kritik am klassischen Modernisierungsparadigma und der damit einhergehenden Differenzierung gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungspfade auch wieder jene Lebens- und Arbeitsbereiche in den Vordergrund zu rücken, die ehemals noch im Dunstkreis des Provinziellen, Rückständigen und Entwicklungsbedürftigen standen und von der Forschung entsprechend stiefmütterlich behandelt wurden. Neuere Varianten der Modernisierungsthese haben demgegenüber den Fokus stärker auf die Ambivalenz und Reflexivität von Modernisierungsprozessen, sowie auf deren multiplen oder partiellen Charakter gelegt, wodurch der Blick für dynamische Gemengelagen zwischen sozialen Handlungs- und Erfahrungsräumen freigelegt wurde, die bis vor Kurzem noch mehr oder weniger einseitig den Sphären des Modernen oder des Traditionellen zugewiesen wurden. Diese Neuausrichtung des sozialwissenschaftlichen Interesses an der ländlichen Gesellschaft ist nicht nur erfreulich, sondern im Hinblick auf die sozialwissenschaftliche Theoriebildung auch notwendig, will man nicht weiter mit theoretischen Konzepten und Begrifflichkeiten operieren, die den zu untersuchenden Phänomenen kaum gerecht werden. Gerade solch grundlegende Fragen nach Gegenstand und Perspektiven in der Erforschung der ländlichen Gesellschaft wollte die hier besprochene Tagung zur Diskussion stellen.

In seinen einleitenden Bemerkungen zum Tagungsthema skizzierte der Präsident der SGLG und Leiter des Archivs für Agrargeschichte in Bern, **Peter Moser**, einige grundlegende Wahrnehmungsmuster ländlicher Phänomene in den politischen und

wissenschaftlichen Debatten der Gegenwart sowie deren Folgen für die Wahrnehmungen der Funktionen des ländlichen Raumes. Er konstatierte eine Tendenz zu dichotomischen Wahrnehmungsweisen und einer zunehmenden Nicht-Differenzierung. So würden etwa vermeintliche Gegensätze zwischen Stadt und Land und zwischen Natur und Kultur geschaffen, anstatt die komplexen Interaktionen, Gemengelagen und Verflechtungen zu thematisieren, die zwischen diesen bestehen. Der Umstand, dass in wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Debatten seit den 1960er Jahren die grundlegenden Unterschiede zwischen lebenden und fossilen Ressourcen nicht mehr thematisiert werde, habe dazu geführt, so Moser, dass der ländliche Raum in der Tendenz auf seine Erholungsfunktion reduziert worden sei statt seine auch ökonomischen Potenziale für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu thematisieren. Es sei auch ein Anliegen der SGLG, dieses Potenzial in Zukunft wieder stärker sichtbar zu machen und zu thematisieren.

In einem ersten Panel, das von **Anne-Lise Head** (Basel/Genf) geleitet wurde, stand die ländliche Gesellschaft als Thema in der Geschichtsforschung zur Diskussion. In einem ersten Beitrag gab **Stefan Sonderegger** (St. Gallen) ein Panorama der verschiedenen Quellen und Quellengattungen, welche der Geschichtsschreibung des Mittelalters Zugänge zur ländlichen Gesellschaft eröffnen. Er strich dabei insbesondere die Problematik der heterogenen mittelalterlichen Quellenlagen heraus, die dem/der HistorikerIn handwerkliches Geschick im Umgang mit so unterschiedlichen Quellen wie archäologischen Funden, Bilderchroniken und verschiedenen Schriftquellen abverlangen. Dabei sei auch stets zu berücksichtigen, so Sonderegger, dass die Quellenproduktion immer in die oftmals konfliktreichen Herrschaftsverhältnisse zwischen Stadt und Land eingebunden blieb, was allerdings von der Forschung noch zu wenig ausgeleuchtet wurde. In einem zweiten Beitrag gab **Peter Hersche** (Bern) einen historiographischen Rückblick auf die Erforschung der ländlichen Gesellschaft in der Frühneuzeitforschung. Er thematisierte dabei die unterschiedlichen Herangehensweisen – oder Vernachlässigungen – der großen geschichtswissenschaftlichen Schulen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, was ihn von den Vertretern der französischen Annales-Schule über die Bielefelder Historische Sozialwissenschaft und deren Herausforderung durch die Historische Anthropologie und die Alltags- und Mikrogeschichte, bis hin zu den Ergebnissen der italienischen Agrargeschichte führte. Trotz der innovativen Impulse, die die Erforschung der ländlichen Gesellschaft durch die historische Demographie und die Geschlechtergeschichte erfuhr, konstatierte Hersche eine wachsende Marginalisierung dieses Gegenstandsbereichs durch eine allgemeine Interessenverlagerung auf die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und durch den schleichenden Bedeutungsverlust der Landwirtschaft in der Ökonomie und der Bauern in der Gesellschaft. In einem dritten Beitrag skizzierte **Martin Stuber** (Bern) am Beispiel der Forstwirtschaft, wie die historische Untersuchung lokaler Ressourcennutzung Einblicke in ein bisher vernachlässigtes Feld der ländlichen Wirtschaft erlaubt. Er zeigte dabei anschaulich, wie sich die geschichtswissenschaftliche Thematisierung der Forstwirtschaft von einem Randthema zu einem integrativen Untersuchungsfeld gewandelt hat, das es erlaubt, ökologische und energiehistorische

Erkenntnisinteressen, mit der Geschichte sozialer Konflikte und mit wissenschafts-historischen Fragestellungen zu kombinieren.

Bevor das zweite Panel eröffnet wurde, stellte **Claudio Biffi** (Lausanne) ein Arbeitsinstrument der SGLG vor, das es ihren Mitgliedern erlauben wird, eine bibliographische Datenbank zu Themen der ländlichen Gesellschaft zu konsultieren und interaktiv selber weiter zu entwickeln. Das *Portail Bibliographique Interactif de l'Histoire Rurale* ist via Homepage der SGLG zugänglich ([www.ruralhistory.ch/bib](http://www.ruralhistory.ch/bib)) und dient sowohl der Zugangserleichterung zu themenspezifischer Literatur, als auch der Vernetzung der Forschenden.

Das von **Martin Schaffner** (Basel) geleitete zweite Panel widmete sich der ländlichen Gesellschaft in der Volkskunde, der Soziologie und der Germanistik. Marius Risi (Chur) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit kulturellen Aneignungen des Modernen im ländlichen Raum. Moderne Erscheinungen wie Fotografie, Skifahren oder mediale Repräsentationen, die gemeinhin mit dem Begriff der Amerikanisierung erfasst werden, wurden in den von Risi untersuchten ländlichen Räumen nicht einfach passiv hingenommen, sondern aktiv angeeignet und mit spezifischen Bedeutungen versehen, die letztlich Resultate komplexer sozialer und kultureller Aushandlungsprozesse waren. Eine ethnologische oder volkskundliche Perspektive auf die ländliche Gesellschaft habe von einer solchen akteurszentrierten Sichtachse auszugehen und koppelt diese dann mit Feldforschungen und Quellenanalysen, um die Bedeutungszuschreibungen durch die untersuchten Akteure in ihren lebensweltlichen Kontexten zu analysieren. In einem zweiten Beitrag verdeutlichte **Sandra Contzen** (Bern) wie sich die Soziologie der Analyse der Zusammenlebens und –arbeitens in der ländlichen Gesellschaft nähert. Sie unterschied dabei vier grundlegende Themen, die von der ländlichen Soziologie bearbeitet werden. Zum einen werden Formen des ländlichen Zusammenarbeitens untersucht, indem beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe auf ihre Arbeitsteilung, ihre geschlechtsspezifische Rollenverteilung oder ihre Kooperation mit anderen Betrieben untersucht werden. Ein zweiter Arbeitsschwerpunkt liegt in der Untersuchung des sozialen Wandels, wobei soziale Konfliktlagen und Identitätsbildungen mit überlagerten Prozessen der Individualisierung und der Modernisierung verbunden werden. Ein drittes Themenfeld betrifft soziale Normen, die zur Definition von Status und Anerkennung in ländlichen Lebenszusammenhängen mobilisiert werden und ein vierter Schwerpunkt liegt in der Analyse sozialer Ungleichheit. In einem dritten Beitrag widmeten sich **Marianne Derron** und **Norbert Wernicke** (Bern) aus der Perspektive der Literaturwissenschaft der ländlichen Gesellschaft, wobei sie sich dem erzählerischen und publizistischen Werk Jeremias Gotthelfs annahmen. Entgegen der geläufigen Ansicht, dass das Werk Jeremias Gotthelfs quasi als idyllische ländliche Kontrastfolie zum urbanen Moloch seiner realistischen Schriftstellerkollegen Charles Dickens und Victor Hugo zu deuten sei, machten Derron und Wernicke auf den differenzierenden Blick Gotthelfs aufmerksam, der die großen politischen Fragen des 19. Jahrhunderts keinesfalls als städtische Probleme ansah und für den ländlichen Raum aussparte. Dies wird insbesondere an seinen publizistischen Beiträgen für Zeitschriften und Zeitungen deutlich, in welchen Gotthelf mit Ironie, Polemik und Satire auf soziale und politische Missstände seiner ländlichen Umgebung

aufmerksam machte. Gleichzeitig schärfte der Beitrag Derrons und Wernickes auch das Bewusstsein für den geschichtswissenschaftlichen Umgang mit literarischen Quellen, in dem sie die Differenzierung zwischen faktuellem und fiktivem Erzählen, zwischen historischer Wirklichkeit und historischer Möglichkeit anmahnten, die gerade bei der Literatur des Realismus bisweilen nur unzureichend berücksichtigt werde und zu einem unbedarften Umgang mit Literatur als Quelle der Geschichtsschreibung führe.

Im von **Sandro Guzzi** (Lausanne) moderierten Panel III stand schließlich der Stellenwert der Geschichte der ländlichen Gesellschaft im europäischen Wissenschaftsbereich zur Diskussion. **Stefan Brakensiek** (Duisburg-Essen) stellte in seinem Beitrag neuere Forschungen zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland vor. Er machte dabei insbesondere auf die in den letzten Jahren intensivierten Anstrengungen zu einer Institutionalisierung der Agrarforschung aufmerksam, ein Prozess, der sich etwa in der Präsenz der Geschichte ländlicher Gesellschaften an universitären Instituten ebenso zeigt, wie an einer verdichteten Tagungs- und Publikationsaktivität. Fachspezifische Zeitschriften und die Kooperation mit nationalen und internationalen Institutionen, die ähnliche Forschungsvorhaben verfolgen, bieten die hierfür nötigen Bedingungen der Vernetzung und des wissenschaftlichen Austausches. In einem zweiten Beitrag thematisierte **Markus Cerman** (Wien) die in der Agrargeschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit zu beobachtende enge Koppelung zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, wie sie in der Geschichtsschreibung zur ländlichen Gesellschaft lange tonangebend war. Die damit einhergehenden Meistererzählungen der agrarwirtschaftlichen Entwicklung waren dementsprechend von periodischen Krisenzyklen geprägt, in denen Fragen nach schleichenden Wachstumsprozessen durch technologische Innovationen, nach Marktintegration und Kommerzialisierung und nach dem Wandel der Lebensstandards ländlicher Haushalte mehrheitlich ausgespart wurden. Diese Fragen seien aber zu stellen, so Cerman, da sie die verschiedenen Bewältigungsstrategien der historischen Akteure gegenüber den ihnen übergeordneten Strukturen der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich machen und somit eine Vermittlung zwischen mikroökonomischen Ansätzen und der Entwicklungsökonomie erlauben. In seinem Kommentar stellte **Sandro Guzzi** noch einmal einige zentrale Problemfelder in der Beschäftigung mit der ländlichen Gesellschaft in den Vordergrund, die er v.a. in der anthropologisierenden Konzeption der bäuerlichen Gesellschaft und in einer vereinfachenden Sichtweise historischer Räume verortet. Ersteres führe zu einem statischen Bild der bäuerlichen Bevölkerung in ihrer immer gleichen Auseinandersetzung mit den Naturgewalten, letzteres verstelle den Blick auf die komplexen Interaktionen zwischen Land und Stadt, zwischen Zentren und Peripherien. Abschließend plädierte Guzzi für eine grundlegende Problematisierung der Raum-Zeit-Vorstellungen, um einerseits aus einer eingleisigen Fortschrittsperspektive herauszufinden und andererseits die dynamische Strukturierung sozialer Räume stärker zu gewichten.

Was ist nun also die ländliche Gesellschaft? Es ist bezeichnend, dass auf diese auf den ersten Blick einfache Frage nicht eine einheitliche Antwort gegeben wurde, sondern viele komplexe Teilantworten, die wiederum weitergehende Fragen provo-

zierten. Und dies ist nicht alleine der sehr begrüßenswerten interdisziplinären Ausrichtung der Tagung geschuldet, sondern auch dem Facettenreichtum des betrachteten Untersuchungsfeldes. Ländliche Gesellschaft und ländlicher Raum sind keine abgeschlossenen Entitäten, die aus sich selbst heraus einen Untersuchungsgegenstand abgrenzen. Die Diskussionen über den Gegenstandsbereich der ländlichen Gesellschaft haben in erster Linie herausgearbeitet, dass die ländliche Gesellschaft nur in dialektischen Beziehungsgeschichten sachgerecht zu denken und zu analysieren ist – sei dies im Hinblick auf räumliche Dimensionen (Stadt – Land, Zentrum – Peripherie, etc.), auf zeitliche Dimensionen (Tradition – Moderne, Fortschritt – Rückständigkeit, etc.) oder auf sozioökonomische Dimensionen (Face-to-face-Beziehungen – Anonymität, Industrie – Landwirtschaft, etc.). Damit stellen sich allerdings nicht nur Probleme hinsichtlich der Vielfalt und Komplexität in der Beschäftigung mit der ländlichen Gesellschaft, sondern auch hinsichtlich der Erzählbarkeit, wie **Stefan Brakensiek** zu Recht bemerkte. So begrüßenswert die Fragmentierung der historischen Meistererzählungen und die Pluralisierung der Perspektiven auf die ländliche Gesellschaft auch sind, stellen sich damit doch notgedrungen wieder Fragen der Darstellbarkeit, an denen man sich in Zukunft wird abarbeiten müssen – und dies nicht nur in der Beschäftigung mit der ländlichen Gesellschaft.

Auf einen letzten Punkt sei abschließend noch hingewiesen. Fast alle an der Tagung vertretenen Disziplinenvertreter haben darauf hingewiesen, dass in ihren jeweiligen Fachgebieten – seien dies die unterschiedlichen Epochenfächer der Geschichte oder die Soziologie und Ethnologie – agrarische Untersuchungsfelder eher randständig und institutionell wenig verankert seien. Umso wichtiger ist angesichts dieses Befundes das Engagement von jüngeren Institutionen wie der SGLG, die den wissenschaftlichen Austausch über Probleme der ländlichen Gesellschaften neu aufnehmen und weiter entwickeln. Die ländliche Gesellschaft mag nicht nur an den Universitäten und Hochschulen zu etwas sehr Fremdem geworden zu sein. Die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft sind aufgrund ihres Schrumpfungsprozesses aus den Lebenswelten vieler Zeitgenossen verschwunden – was sich auch auf die Forschung auswirkt, deren Erkenntnisinteressen ja auch immer auf lebensweltlichen Impulsen beruhen. Auf diese Zusammenhänge wollte **Erich Landsteiner** (Wien) eigentlich intensiver zu sprechen kommen, was bedauerlicherweise krankheitsbedingt nicht zu Stande kam. Es ist zu hoffen, dass sich dies bei einer anderen Gelegenheit nachholen lässt.

---

Juri Auderset ist Doktorand an der Universität Fribourg

## „Jüdisches Leben auf dem Lande vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert“

Bericht der gemeinsamen Tagung des SFB 600 „Fremdheit und Armut“  
in Trier und des Arbeitskreises für Agrargeschichte am 2. Juli 2010 in  
Frankfurt am Main

Claudia Steffes-Maus

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises für Agrargeschichte, **Stefan Brakensiek** (Essen), dankte **Sigrid Schmitt** (Trier) dem Arbeitskreis für die Aufnahme des bislang nur unzureichend untersuchten Themas in den Rahmen seiner alljährlich stattfindenden Sommertagung. In ihrer Einführung formulierte sie als Ziel der folgenden vier Beiträge, einen chronologischen und thematischen Überblick über jüdisches Leben auf dem Lande vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert geben zu wollen. Schmitt stellte das von ihr geleitete Teilprojekt „Juden auf dem Lande zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit (15.-17. Jahrhundert): Inklusion und Exklusion durch Herrschaften und Gemeinden in ausgewählten Territorien Frankens“ kurz im Gesamtkontext des Trierer SFB „Fremdheit und Armut“ vor.<sup>1</sup> Im Verlauf der Frankfurter Tagung werde nun freilich der weite Horizont jüdischen Lebens in ländlichen Gebieten Deutschlands vom 12. bis ins 20. Jahrhundert thematisiert, der nicht nur aus Sicht der innerjüdischen Geschichte, sondern jeweils auch aus jener der umgebenden Gesellschaft erschlossen werden muss. Hohe Erwartungen knüpfte Schmitt deshalb an eine fruchtbare, für beide Seiten neue Perspektiven eröffnende Diskussion der Referenten mit den Mitgliedern des AKA. Nur ein solch doppelter Zugriff auf das Thema könne gewährleisten, Kontinuitäten und Wandel jüdischer Präsenz auf dem Lande adäquat zu erfassen.

Den Reigen der Vorträge eröffnete **Rainer Barzen** (Trier) mit einem umfassenden Überblick über ländliche jüdische Siedlungen und Niederlassungen im Hoch- und Spätmittelalter. Barzen unternahm mit seiner These, Juden hätten von Beginn an in Aschkenas (Deutschland) nicht nur in Städten, sondern gleichfalls in kleinen Siedlungen gelebt, einen grundlegenden Perspektivwechsel auf die Zeit vor 1350, da in der bisherigen Forschung jüdische Siedlung in diesem Raum und dieser Zeit gemeinhin als rein städtisches Phänomen betrachtet wird. Sein Vortrag gliederte sich in vier Teile: Zunächst fragte Barzen nach der Struktur ländlicher jüdischer Siedlungen, nach ihrer Verteilung im Raum sowie nach den Möglichkeiten der Quellenüberlieferung zu solchen Siedlungen. Als zweites erstellte er mit Hilfe der hebräischen Terminologie zu kleinen Orten eine Typologie ländlicher Siedlungen. Anschließend beschäftigte er sich mit der Vernetzung und dem Verhältnis kleinerer Niederlassungen untereinander, deren reziproken Abhängigkeiten und ihren Ausrichtungen hin auf

---

1 Vgl. die Projektbeschreibung unter <http://www.sfb600.uni-trier.de/>.

größere Siedlungen. „Von den Juden auf dem Land zu den Landjudenschaften?“, so stellte er abschließend die Frage nach der *longue durée* ländlicher jüdischer Siedlungen über das Spätmittelalter hinaus. Nach Möglichkeit seien nach den Vertreibungen aus den meisten Städten während des 15./16. Jahrhunderts neue städtische Wohnorte gewählt worden, doch seien insbesondere dort, wo bereits Geschäftsbeziehungen aufs Land bestanden, auch dörfliche Siedlungsorte attraktiv gewesen. Folglich, so die abschließende These Barzens, wurde die Schaffung neuer Zentren (die wichtigste Einrichtung war der Friedhof) notwendig; dies habe dann im Verlauf der Zeit zur Gründung der „Medinah“ auf dem Lande, der verfassten Landjudenschaft, geführt.

Im Zentrum der Untersuchung von **Torben Stretz** (Trier) standen die unterfränkischen Grafschaften Castell und Wertheim zwischen dem Ende jüdischer Siedlung in den meisten Städten und der Entstehung des Würzburger Landesrabbinats 1625. Castell betrieb keine aktive Judenpolitik und forcierte die Ausweisung der Juden, Wertheim hingegen siedelte gezielt Juden an und bildete somit ein „Gegenmodell“. Auf dieser Matrix beschäftigte sich Stretz mit den drei von ihm als relevant erkannten jüdisch-christlichen Berührungskomplexen Religion, Wirtschaft und Sozialleben. Er legte beispielreich dar, wie die durch den Gebrauch unterschiedlicher Kalender in den beiden Religionen differierenden Festtage Begegnungschancen und Konfliktpotential zugleich boten. Im dörflichen Wirtschaftsleben erschienen Juden als Vieh- und Weinhändler, Pfandleiher und generell bei der Kreditvergabe. Christliche Dienstleistungen für Juden kamen regelmäßig vor. Streit habe es häufiger mit Weinhändlern und Fleischern gegeben, die die jüdische Konkurrenz fürchteten. Das Wirtshaus trat als konkreter Begegnungsraum beider Religionen beim Geschäftsabschluss in Erscheinung. Hinsichtlich des sozialen Lebens im Dorf hielt Stretz fest, es habe keine topographische Trennung gegeben. Man habe auch gemeinsam Fronarbeit geleistet. Der Vorwurf „landsverderblich“ zu sein habe sich allgemein auf alles bezogen, was sich dem Gemeindeleben als schädlich erwies. Die Frage der Ehre (Geschäftslehre, sexuelle Ehre) sei auf jüdischer Seite ebenso relevant gewesen wie auf christlicher. Als Fazit seiner Ausführungen konstatierte Stretz, das Nebeneinander sei die maßgebliche Koexistenzform von Juden und Christen in den Dörfern der von ihm untersuchten Grafschaften gewesen, die – je nach Rahmenbedingungen – zum Gegen- oder Miteinander werden konnte.

**Claudia Ried** (Augsburg) vollzog mit ihrem Beitrag einen zeitlichen und geographischen Sprung. Das seit dem 18. Jahrhundert als „Staat ohne Juden“ geltende Bayern erhielt erst mit dem Gebietszuwachs 1806 in der neubayerischen Provinz Schwaben wieder jüdische Ansiedlungen, die nach Emanzipation strebten. Der chronologisch strukturierte Vortrag analysierte die zentralen Aspekte der bayerischen Judenpolitik vor Ort zunächst in der Zeit um 1813, dann in der Phase der Revisionsbemühungen und schließlich während der Revolution 1848-50. Um 1813 sei mit dem Toleranzedikt eine restriktive Politik verfolgt worden, welche die „Erziehung“ der Juden zu „nützlichen Staatsbürgern“ in den Vordergrund stellte. Ried hob hervor, wie sich mit der Wahrnehmung der Juden als andere Nation bereits ein für die spätere Zeit bedeutsamer Wandel in der jüdenfeindlichen Argumentation andeutete. Sie legte über-

zeugend dar, dass es vor allem die Behörden gewesen waren, welche die Vorurteile gegen Juden auch in Schwaben über Jahre aufrechterhielten. Die erstmalige rechtliche Verbesserung der jüdischen Situation während der Revolution rief umgehend neue Gegenaktionen der Behörden sowie der breiten Bevölkerung hervor, welche die Forderung nach Gleichberechtigung zum Scheitern brachten. Ried fasste zusammen, die bayerische Politik habe zwischen 1813 und 1850 sehr restriktive Auswirkungen auf die schwäbischen Landgemeinden der Juden gehabt. Befördert durch eine ablehnende Beamtenschaft machte dies eine Konsolidierung des Zusammenlebens unmöglich; es führte im Gegenteil in der Bevölkerung zur Erwartung einer totalen Assimilation der Juden durch gänzlichem Aufgehen in der christlichen Gesellschaft.

Im letzten Vortrag des Tages befasste sich **Stefanie Fischer** (Berlin) wiederum mit dem fränkischen Raum, genauer den Rahmenbedingungen für den Handel und die Viehmarktpolitik der kleinstädtischen Gemeinden Mittelfrankens in der Weimarer Republik. Auf den in den 1920er Jahren dort wiederbelebten Viehmärkten kam den Juden eine Mittlerfunktion zwischen Bauern und Verbrauchern zu. Jüdische Betriebe machten knapp ein Drittel aller Viehhandelsbetriebe aus und stellten die große Mehrheit der mittelständischen Händler. Die symbiotische Koexistenz zwischen Bauern und Juden wurde seit 1927 durch die antisemitische Agitation der NSDAP gefährdet. Fischer widerlegte die weit verbreitete Meinung, die fränkischen Bauern seien die primären Träger des Antisemitismus gegenüber den jüdischen Viehhändlern gewesen. Sie wies plausibel nach, wie die Bauern, die ihr Handelsinteresse gefährdet sahen, sich zunächst dem Werben der NSDAP verschlossen. „Judenfreie“ Viehmärkte wurden zwar seit 1929 von Nürnberg aus in ganz Mittelfranken durchgesetzt, hatten aber keinen Erfolg. Nach 1933 eskalierte die Situation: Juden sahen sich zunehmend der Gewaltausübung auf offener Straße ausgesetzt. Infolgedessen wurden bis 1934 die meisten jüdischen Viehhandelsbetriebe eingestellt, die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden komplett zerstört. Mehr als 90 Prozent der mittelfränkischen Juden flüchteten vor Kriegsbeginn. Fischer resümierte, das NS-Regime habe zutiefst in das Wirtschaftssystem eingegriffen, doch erst die Erfahrung der Gewalt nach 1933 habe die Beziehungen zwischen Juden und Bauern zum Erliegen gebracht. Neben der Angst vor Repressalien sei dann auch die persönliche Bereicherung auf Kosten der Juden ein entscheidender Faktor geworden.

**Sabine Ullmann** (Eichstätt) betonte zu Beginn ihrer Zusammenfassung nochmals, jüdische Historiographie sei stets die Summe aus innerjüdischer und allgemeiner Historiographie, eine komplexe Erfassung nur unter Berücksichtigung beider Positionen möglich. Häufig stünden sich ein sektoraler und ein integrativer Forschungsansatz gegenüber, deshalb sei es umso verdienstvoller, dass der AKA eine interdisziplinäre Herangehensweise aufgegriffen habe. Jüdische Geschichte könne so als Indikator für Aspekte der allgemeinen Geschichte fungieren. Sehr bedenkenswert nannte sie den Lösungsansatz, den Barzen für die Verländlichungsdebatte<sup>2</sup> vorgeschlagen hatte.

---

2 Vgl. zu den verschiedenen Positionen Michael Toch, Siedlungsstruktur der Juden Mitteleuropas im Wandel vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Ders., Peasants and Jews in Medieval Germany. Studies in Cultural, Social and Economic History, Burlington 2003 (Variorum Collected Studies



Hinsichtlich des Beitrags von Stretz fragte sie, ob es speziell dörfliche Umformungen der jüdenfeindlichen Entwicklungen gegeben habe. Sie bezeichnete das Wechselspiel zwischen Segregation und Integration als typisch und regte die Suche nach neuen Fragestellungen an, beispielsweise nach Formen der Herrschaftsvermittlung und der Rolle der Juden in diesem Kommunikationsprozess. Als Reaktion auf den Vortrag von Ried sprach Ullmann sich für eine generelle Untersuchung der Emanzipationsdebatte auf dem Lande aus und empfahl, den Blick stärker auf die Beamtenschaft und die Rolle der Ortsgemeinden zu richten. Auch sei es wichtig, die Begrifflichkeiten für Juden („Israeliten“) in den Blick zu nehmen. Sie verwies auf die Bedeutung der Religion als langfristige strukturgeschichtliche Komponente des Antisemitismus und der Stereotypenbildung. Der Beitrag von Fischer habe die Wirkung langjähriger Stereotypen für das Feld des symbiotischen, aber ambivalenten Viehhandels deutlich gezeigt. Ullmann leitete mit der Frage, ob es Sinn mache, weiterhin mit den Kategorien Stadt- und Landjuden zu operieren, sowie der Forderung, die Rolle der Gemeinden und den Blick von unten stärker zu berücksichtigen, zur Abschlussdiskussion über.

Die Schlussrunde fand rege Beteiligung. **Werner Rösener** forderte, die Entstehung des Landjudentums in seinen unterschiedlichen Ausprägungen unter Berücksichtigung des Verhältnisses von Judentum und Königtum in den verschiedenen Regionen zu betrachten. **Barzen** bezeichnete die ländliche als „ein Kind“ der städtischen Siedlung; die Gemeinden hätten sich überschritten. Er regte an, auch den christlichen Gemeindebegriff außerhalb der Stadtmauern zu denken. **Brakensiek** betonte die Konvergenz zwischen den Forschungen des AKA und jenen zur jüdischen Geschichte: Die Zuschreibungen zum Begriffspaar „Stadt-Land“ änderten sich laufend, man habe diese zu lange auf der Folie des 19. Jahrhunderts betrachtet. Jüdische und Agrargeschichte aufeinander zu beziehen sei fruchtbar, weil man sich ständig über Begrifflichkeiten klar werden müsse. „Ländlichkeit“ bezeichne einen regelrechten „Siedlungsbrei“. Man müsse sich fragen, was im 20. Jahrhundert überhaupt noch „ländlich“ sein kann. Es seien Kategorien der Unterscheidbarkeit nötig. **Schmitt** riet daraufhin dazu, die Funktionen der Gemeinden genauer zu betrachten, desgleichen die Aneignungsprozesse hinsichtlich des Raumes. **Dorothee Rippmann** (Zürich) griff das Problem der Tauglichkeit der Begriffe „Stadt“ und „Land“ nochmals auf und ergänzte es um die Frage nach dem Grad der Freiwilligkeit jüdischer Existenz auf dem Lande. **Ullmann** nannte es einen grundlegenden Perspektivwechsel, wenn erstmals hinterfragt werde, ob jüdische Mobilität aufs Land nicht nur erzwungen gewesen sei. Mit diesem Ausblick auf die vielfältigen Möglichkeiten eines interdisziplinären Ansatzes sowohl für die Agrargeschichtsforschung als auch für die jüdische Geschichte endete die Tagung, deren Beiträge publiziert werden sollen.

---

Series 757), Nr. XI, S. 29-39; Stefan Rohrbacher, Stadt und Land. Zur „inneren“ Situation der süd- und westdeutschen Juden in der Frühneuzeit, in: Monika Richarz/ Reinhard Rürup (Hg.), Juden auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 37-58; Monika Richarz, Ländliches Judentum als Problem der Forschung, in: ebd., S. 1-8.

---

## „Rural History 2010“ – Berichte ausgewählter Sektionen

Daniel Reupke (1-6) und  
Johannes Bracht (7)

### *Session „Improvement“ (1)*

**Laura Sayre:** Agromanie: crisis, improvement and agricultural enthusiasm in Western Europe from the 18th century to the present. **Daniel Reupke:** Credit markets in the 19th-century countryside: a comparative study in a rural border region. **Heather Holmes:** The agricultural correspondent and Scottish agricultural periodicals and newspapers 1800-50

Die Session *Improvement* kam wie eine Konferenz in der Konferenz daher, hatte sie doch ein sehr breit gespanntes Spektrum von Themen zu behandeln: Zunächst berichtete **Laura Sayre** (Dijon) von der Agromanie. Darunter verstand sie den Enthusiasmus, den interessierte und gebildete Laien der Landwirtschaft seit dem 18. Jahrhundert entgegenbrachten. Während es sich dabei in England noch um eine religiös-moralisch motivierte Modeerscheinung handelte, stand in Frankreich der Gegensatz des wissenschaftlichen Agronom und des laienhaften, gelegentlich belächelten Agroman im Vordergrund. Beide gemeinsam waren jedoch in der Lage, Kenntnisse über die Verbesserungen der Agrarwirtschaft zu Tage zu fördern und zu verbreiten. Eine Gutteil dieser Verbreitung erfolgt auch bereits im frühen 19. Jahrhundert über *journals*, wie **Heather Holmes** (Edinburgh) in ihrem Beitrag über schottischer Landwirtschaftszeitschriften herausarbeitete. Jene Publikationsorgane hatten einen erstaunlich hohen Verbreitungsgrad und stellten vielfältige Beiträge mit zu Teil wissenschaftlichen Niveau zur Verfügung. Die Zeitschriften wurden zur Diffusion neuer Erkenntnisse genauso genutzt wie zur Diskussion aktueller Entwicklungen, was Holmes am Beispiele des vielbeschäftigten Publizisten William Aiton erläuterte. Nun nutzen Interesse und Informationen nichts, wenn einem risikobereiten Grundbesitzer das Kapital für Investitionen fehlte. Diese Lücke schloss **Daniel Reupke** (Saarbrücken), der erklärte, wie in ländlichen Regionen, in denen es keine Banken gab, Kredit erlangt werden konnte. Am Beispiel dreier Landstädte in der Saar-Lor-Lux-Grenzregion zeigte er die Bedeutung sozialer Netzwerke in denen zwischen Personen und Institutionen das notwendige Vertrauen entstand, um einen Kredit zu vergeben. Chairman **Mats Morell** (Stockholm) bemühte sich dann auch um eine Zusammenfassung dahingehend, dass Investitionen den Informationen folgten. Allerdings muss man einschränken, dass die Enthusiasten nur eine sehr kleine Menge der Masse an einfache Bauern

ausmachten und das ein produktionstechnische Fortschritt, der kapitalisiert werden musste, in ländlichen Regionen selten vor dem Zweiten Weltkrieg vollumfänglich zum Tragen kam.

**Session “Property rights, social inequality, and agrarian change in southern Europe, I” (2)**

**Rosa Congost** und **Sebastià Villalon**: Studying social groups and social inequality in a world of small and medium family farms. The example of eighteenth-century Catalonia. **Bélen Moreno**: Measuring inequality: inventories post mortem as a source for studying inequality in pre-industrial societies. **Antonio López Estudillo**: The evolution of inequality in the Campiña of Córdoba in the eighteenth and nineteenth centuries: preliminary findings.

Die Sektionen *Property rights, social inequality, and agrarian change in southern Europe* wurden von **Julie Marfany** (Cambridge) organisiert, bestritten wurden sie zumeist von spanischen Agrarhistorikern. Inhaltlich drehten sich beide Sessions um das Messen von Ungleichheiten bei veränderten Kulturarten: **Rosa Congost** und **Sebastià Villalon** (beide Girona) stellten ein Projekt vor, in dem sie für das Katalonien des 18. Jahrhunderts Bevölkerungsstrukturen nachzeichnen wollen. Eine Aushebungsliste aus dem Jahre 1795 ist die Hauptquelle um nachzuvollziehen, wer wie viel Land besaß und wie viel Steuern davon zahlte. Dabei fiel Congost und Villalon die aufkommende Form einer bäuerlichen „Mittelschicht“ auf – eine zahlenmäßig kleine Gruppe, die bei geringem Landbesitz hohe Steuern zahlte und damit zwischen den Kleinstelleninhabern und den Großgrundbesitzern stand. **Antonio López Estudillo** (Girona) untersucht in der Übergangsphase zwischen dem Ancien Regime und der Mitte des 19. Jahrhunderts Bevölkerungssteigerungen und Einkommensunterschiede in der Oberen und der Niederen *Campiña* Andalusiens. Er machte offenbar, dass die gewaltigen Umschichtungen in der Struktur des Landbesitzes nach 1800 verbunden mit unterschiedlichen Kulturarten zu abweichenden Verdienstmöglichkeiten und differierenden Einwohnerentwicklungen in den beiden Regionen führten. Eine ähnliche Untersuchung nimmt **Belén Moreno** (Madrid) für Orte in Katalonien auf der Grundlage von Inventaren Stichjahren 1670/90 und 1770/90 vor: Über den Untersuchungszeitraum änderte sich der Wohlstand der Bevölkerung. Der Besitz der Verstorbenen war insgesamt gestiegen, jedoch besonders bei den Gruppen, die vom Weinanbau in der Region profitierten. Bevölkerungsteile, denen dies nicht gelang, verarmten deutlich. Hervorzuheben wären auch für die zweite Session die Vielfalt der benutzten Quellen von klassischen Katasterakten über Inventare bis hin zu Aushebungslisten und deren innovative Auswertung in komplexen Statistiken.

**Session “Co-operation and rural society, I. The economic functioning of rural co-ops: bridges over social fissures or new cleavages?” (3)**

**Christopher Colvin:** God and risk: the role of religion in rural co-operative banking in the early twentieth-century Netherlands. **Hans Jörgensen:** The growth of the Estonian Agricultural Co-operative Movement in a North European context: 1860s to the interwar years. **András Vári:** Co-ops, peasants, and networks in segmented rural societies of Austria, Hungary, and Transylvania from the 1880s to 1918

Einen besonderen Schwerpunkt innerhalb der Rural History-Konferenz bildeten die drei von **András Vári** (Miskolc) organisierten Sektionen zu Kooperativen in der ländlichen Gesellschaft. Vári möchte vor allem einen erweiterten Blick auf ländliche Kooperativen fördern, der politische und soziale Aspekte genauso einschließen soll, wie wirtschaftliche und technische Aspekte der bäuerlichen Zusammenarbeit. Dementsprechend wählte **Christopher L. Colvin** (London) einen quantitativen Ansatz in Verbindung mit wirtschaftshistorischem Quellenmaterial, um den Einfluss von Religion und Konfession auf die Entscheidung über einen Bankkredit in den Niederlanden des frühen 20. Jahrhunderts nachzuzeichnen. Er bewies, dass Banken dann bereit waren ein höheres Risiko bei der Kreditvergabe einzugehen, wenn die konfessionelle Gruppe (Katholiken, Lutheraner, Calvinisten) in einer Region eine besonders große Minderheit repräsentierte. Dies resultiere aus der hohen Bedeutung der Bürgschaften für einen Kredit, die natürlich in Zusammenhang mit der Anzahl der potenten Bürgen innerhalb der Gemeinschaft stand. **Hans Jörgensen** (Umeå) verglich auf der Basis zeitgenössischer Publikation das Zustandekommen von landwirtschaftlichen Kooperativen zwischen 1860 und der Zwischenkriegszeit. Sein Fokus richtete sich dabei auf Estland, wo Bodenreformen eine Ausweitung der Produktion und Kooperationen die Teilhabe am Weltmarktgeschehen ermöglichten. Ähnlich verhielt es sich auch in den Vergleichsländern im Ostseeraum. Die Relativierung der Annahme, ländliche Kooperativen hätten zur Nationalstaatenbildung im 19. Jahrhundert wesentlich beigetragen, strebte **András Vári** (Miskolc) in seinem Vortrag an. Im Vergleich von deutschen, österreichisch-ungarischen und transsilvanischen Kreditkooperativen arbeitete er die hohe Bedeutung wirtschaftlicher Erwägungen und personaler Verflechtung heraus: Lokale Eliten hatten je nach Untersuchungsregion ganz unterschiedliche Ziele in diesen Institutionen, während über den Impetus der gewöhnlichen Bevölkerung nur schwer Aussagen zu treffen sind. Insgesamt sind Kooperativen unter neuen Blickwinkeln ein nach wie vor wichtiges Forschungsfeld.

**Session "Economic organisation processes and politicisation in European rural societies (c.1850-1940), I" (4)**

**Gloria Sanz Lafuente** und **Corinne Marache**: Introduction: economic organisation processes and politicisation. Current state of research. **Clemens Zimmermann**: Politicisation in German rural society 1875-1945. Internal dynamics and external drives. **Antonio Herrera**, **David Soto** und **Manuel González de Molina**: Socialism and agrarian issues in Spain (1890-1930). **Dulce Freire**: Local movements with national goals. Political mobilisation during the First Portuguese Republic (1910-26)

Eingangs der Sektionen zu *Politicisation in European rural societies* gaben **Gloria Sanz Lafuente** (Navarra) und **Corinne Marache** (Bordeaux) einen Forschungsüberblick zum Thema nach Nationen gegliedert. Stand der Forschung sei, dass die Politisierung der Landbevölkerung in einer komplexen Gemengelage entstand aus Ausweitung der staatlichen Verwaltung bis auf die dörfliche Ebene, daraufhin Politisierung der lokalen Eliten, sowie aus mediale und marktwirtschaftlichen Einflüssen. **Clemens Zimmermann** (Saarbrücken) lieferte sodann Beispiele für Deutschland: War im Ancien Regime die Dorfgemeinschaft nach weitgehend sich selbst überlassen, wurde der Einfluss des Staates, des Liberalismus und der Demokratie im 19. Jahrhundert stärker. Nach der Gründung des Deutschen Reiches wirkten die Vereinheitlichungsbestrebungen und die nationale Begeisterung in Form von politischer Selbstverwaltung, allgemeinem Wahlrecht und über die Medien transportiertem Kaiserkult und Nationalfeiern auf die Dorfbevölkerung. In der Weimarer Republik verarmten die ländlichen Räume und kamen in einen deutlichen Gegensatz zu Stadt und Staat, was von den Nationalsozialisten instrumentalisiert wurde. Dennoch konnte dieser sich erst einige Jahre nach der Machtübergabe im dörflichen Milieu verfestigen. Einen ursächlichen Schwerpunkt für die Politisierung legte Zimmermann bei der Medialisierung: Durch diese nahmen die Städte Einfluss auf ihr Hinterland und stellten gleichzeitig die Verbindung mit staatlichen Institutionen her. Ebenfalls über die Medien wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Landarbeiter in Spanien politisiert. **Antonio Herrera** (Jaén) arbeitete heraus, dass die ländliche Bevölkerung im linken Teil des Parteienspektrums zu verorten seien. Bäuerliche Unterstützungsvereine richteten sich gegen den Machtmissbrauch der Beamten und gegen ungleiche Besteuerung. Laut **Dulce Freire** (Lissabon) verhielt es sich ähnlich in Portugal, wo die ländliche Bevölkerung die demokratischen Werte der ersten Republik (nach 1910) adaptierte und auch über die Jahre der Diktatur (bis 1974) verteidigte. In ihrer Beschreibung des lokalen Bauernführers José Rochas wurde deutlich, wie lokale Eliten die politische Stimmung nach 1910 zum Vorteil der Dorfgemeinschaft nutzen konnten. Politisierung stellte sich als ein komplizierter Mechanismus heraus, der vor allem im medialen

Transport nationalstaatlicher Werte auf die lokale Ebene und deren Annahme oder Ablehnung bestand.

**Session “Law courts and contracts in the European countryside c.1300-c.1860: II” (5)**

**Olivier Mery:** Credit registration and guarantee clauses in late medieval Provence, **Lluís Sales Favà:** Credit and nonpayment in late medieval Catalonia: court proceedings of Caldes de Malavella (1330-50). **Pere Orti Gost:** Sant Feliu de Guíxols and its jurisdictional court during the 14th century.

Gleich mehrere Sessions organisiert von **Chris Briggs** (Southampton) beschäftigten sich mit dem Thematik, was geschah, wenn die allgegenwärtigen Schuldverhältnisse notleidend wurden und Gerichte beschäftigt werden mussten. **Olivier Mery** (Paris) erforscht die Abwicklung von Kreditverhältnissen in einem kleinen Ort in der französischen Provence. In Ermangelung von Gerichtsakten überregionaler Instanzen zog er notarielle Urkunden heran, die bei lokalen Verhandlungen angefertigt wurden. Dabei arbeitete er heraus, dass innerhalb eines kurzen Zeitraums im 14. Jahrhundert Anzahl, Art und Ausgestaltung der Urkunden deutlichen Veränderungen unterworfen waren, deren Ursachen noch zu klären sind. **Lluís Sales Favà** (Girona) rekonstruierte aufgrund von Büchern eines grundherrlichen Gerichtes in einem Ort in Katalonien die äußeren Umstände (Klagen z. B. jahreszeitabhängig) und die Abwicklung (Ablauf der Rechtsmittel) von Klagen. Dabei möchte er seinen Fokus künftig auf die unteren Mechanismen richten. Auf die Veränderungen im Klageverhalten ging **Pere Ortis Gost** (Girona) ein. Nach Änderungen der Gerichtsordnung einer Region in Katalonien im Verlauf des Spätmittelalters, änderte sich auch die Art der Kreditvergabe und Schuldbetreibung. Es scheint, dass aufgrund des Quellenreichtums im Bereich gerichtsnotorischer Kredite noch etliche Fragestellungen zu beleuchten sind. Dabei sollte nicht vergessen werden, sich hinreichend mit dem Zustandekommen dieser Schuldverhältnisse zu befassen.

**Session “Drink and farming in the modern World” (6)**

**John Chartres:** Drink versus bread and feedstuffs in Britain, c.1600-1914. **Noelle Plack:** Common land, wine and the French Revolution, c.1789-1820. **James Simpson:** Wine, brands and consumers: vertical coordination in the New World wine industry, 1880-1914

In einer der letzten Sektionen ging es um die Bedeutung von Alkoholika in der landwirtschaftlichen Produktion. **John Chartres** (Leeds), der diese Sektion gleichzeitig organisierte, erläuterte, wie in den Jahren vor 1800 in England der hohe Verbrauch

von Getreide durch die Brauereien als Gefährdung der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Brot gesehen wurde. Tatsächlich musste England in dieser Zeit aus Schottland, Irland und Kontinentaleuropa sowohl Brauereirohstoffe (Malz) als auch Endprodukte (Whisky) importieren, bevor sich die Produktionskette nach 1880 generell internationalisiert. Eine Verbindung zwischen den gewaltigen Grundbesitzumschichtungen im Gefolge der Französischen Revolution und einer Verbesserung der Situation der Weinbauern in den französischen *Côtes-du-Rhône* erkannte **Noelle Plack** (Birmingham). In Jahresschnitten aufgrund von Katasterakten wies sie nach, dass durch die Nutzung neuer, ertragreicherer Anbauflächen die Weinproduktion und -qualität nach 1820 erhöht wurde, während die Zahl der Beschäftigten deutlich sank. Diese Interaktion zwischen staatlichen Regelungen und der Reaktion auf bäuerlicher Ebene war eine Grundvoraussetzung für den Weinboom nach 1860. **James Simpson** (Madrid) erklärte aus der Geschichte, warum sich bis heute australische und kalifornische Weine hohes Ansehen erarbeiten konnten, während chilenische und argentinische Produkte nicht vom Image des billigen Massenherstellers wegkommen. Bei etwa gleichen Grundvoraussetzungen (große, kapitalintensive Anbauflächen, aber bessere Verschnittmöglichkeiten durch gleichbleibende Qualität und Technologieinsatz) war es unter den Familienwinzereien in Kalifornien und Australien frühzeitig zu Produktionskooperationen und gebündelter Vermarktungsstrategien gekommen; es galt eine weitgehend Bier trinkende Bevölkerung von den heimischen Weinen zu überzeugen. Hingegen in Argentinien und Chile führten staatliche Steuerungen zu einer hohen Produktionsmenge und zu geringen Preisen. Da die Bevölkerung so mit dem gewünschten billigen Wein versorgt wurde, lohnte sich die Herstellung von Qualitätsprodukten für die Großbetriebe nicht. Diese Sektion zeigte neben anderen die Verquickung von landwirtschaftlicher Produktion mit verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen.

#### ***Session "Food shortages in pre-industrial Europe" (7)***

**Tim Newfiel:** Subsistence crises in Carolingian Europe (c.750-c.950); frequency, causes, and effects. **Nils Hybel:** Food supplies, long-distance trade, climate and population 1000-1350. **Philip Slavin:** The Great European Famine between ecology and institutions: reflections from England, c.1314-1330. **Bruce Campbell/ Cormac Ó Gráda:** Harvest shortfalls, grain prices and famines in pre-industrial England.

Die von Philipp Schofield geleitete Session bot neue empirische Beiträge zu dem klassischen Thema der Teuerungen und Hungerkrisen. Sie setzten sich alle, wenn auch in unterschiedlichem Maß, mit den derzeit wichtigsten Erklärungsansätzen für Hungersnöte auseinander: Ob nämlich in Hungerkrisen durch klimatische oder sonst natürliche Ereignisse verursacht real zu wenig Nahrungsmittel vorhanden waren, ob die Bevölkerung die verfügbaren Ressourcen überschritt (Malthus) oder ob die vor-

handenen Lebensmittel durch Verteilungseffekte bzw. schlechte Fürsorgesysteme nur nicht die Bedürftigen erreichten (Entitlements-Ansatz).

Der Kanadier **Tim Newfield** stellte sich die Aufgabe, die Subsistenzkrisen im karolingischen Europa herauszuarbeiten. Er zog dafür in einem naturwissenschaftlichen Ansatz die vorliegenden paläoklimatischen Erkenntnisse heran, und untersuchte parallel in einem klassisch historischen Ansatz die wichtigsten narrativen Quellen wie Annalen, Vitae und Gestae. Newfield brachte die aus diesen Ansätzen gewonnenen Informationen in erstaunlichen Geichklang, benannte mehrere überregional bedeutsame karolingische Krisen, die allesamt durch extreme Wetterereignisse verursacht waren. Malthusianische und Entitlement-Effekte spielten demnach keine Rolle an der Schwelle zum Hochmittelalter.

**Nils Hybel** aus Kopenhagen beschäftigte sich mit dem Zusammenhang von Klima, Ernteerträgen, Getreidehandel und Populationsschwankungen im Hochmittelalter. Er machte für das 12. Jahrhundert mehrere überregionale Krisen aus, die auch zu Bevölkerungseinbußen führten. Im 13. Jahrhundert jedoch habe es nur 1224-26 ein überregionales Phänomen gegeben, insofern stimmig mit der Feststellung einer Wachstumsphase im 13. Jh.

Der Kanadier **Philip Slavin** referierte in seinem Beitrag über die „Great European Famine“ im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts die beiden Hauptklärungsansätze für Ernährungskrisen. Auf das 14. Jh. angewandt fiel sein Urteil uneindeutig aus. Er plädierte zudem für eine Betrachtung nicht nur der Gründe für Subsistenzkrisen, sondern auch der Krisenopfer.

In einem auf einem zusammen mit **Cormac Ó'Gráda** verfassten paper basierenden Vortrag analysierte **Bruce Campbell** anhand der für England zahlreich vorliegenden Datenreihen den Zusammenhang von Ernteschwankungen, Teuerungen und Hungersnöten. Anhand von Ernteergebnisse des Untersuchungszeitraums und eines rekonstruierten Warenkorbs von Weizen, Gerste und Hafer schätzte er die Versorgung der Bevölkerung ab. Keine der Subsistenzkrisen sei durch einseitige „food entitlements“ entstanden, alle durch die mangelnde Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Bedrohlich für die Versorgung seien erst Ausfälle in zwei Jahren hintereinander gewesen, was in der Periode immer seltener vorkam. Die schwierigsten Jahre waren demnach 1315-1317 und 1349-1352, a „famine, that should have happened – but did not“: weil nämlich große Bevölkerungsteile an der Pest starben. Vor allem aber stellte Campbell die abnehmende Variabilität der Ernteerträge bis 1800 ins Zentrum der Argumentation. Die Innovationsfreude der Farmer führte zu konstanteren Erträgen, die zunehmende Marktintegration und verbesserte Krisenreaktionen und Unterstützungssysteme führten dazu, dass Hungersnöte immer seltener eintraten. Thomas Malthus, so schloss Campbell, räsonierte über den Zusammenhang von Hungersnöten und Bevölkerungsentwicklung also gerade dann, als solche Versorgungsausfälle der Vergangenheit angehörten.



## **Überlegungen zu einer Zusammenführung der Aktivitäten des Arbeitskreises für Agrargeschichte (AKA) und der Gesellschaft für Agrargeschichte (GfA)\***

Stefan Brakensiek (Universität Duisburg-Essen)

Dass es in Deutschland zwei Organisationen gibt, in denen sich Personen zusammenfinden, die sich mit Geschichte und Gegenwart von Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft wissenschaftlich befassen, ist innerhalb Europas einmalig und stößt bei Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarländern auf Erstaunen. In der Tat versteht sich das nicht von selbst, zumal beide Vereinigungen relativ kleine Mitgliederzahlen aufweisen (AKA: circa 150, GfA: circa 190, bei einigen Doppelmitgliedschaften). Diese Struktur ist auf bestimmte historische Umstände zurückzuführen, die unten näher umrissen werden. In den letzten Jahren lässt sich freilich eine zunehmende Annäherung feststellen, was mich dazu veranlasst, auf mittlere Sicht für einen Zusammenschluss von GfA und AKA zu plädieren.

Die 1953 gegründete Gesellschaft für Agrargeschichte hat sich viele Jahrzehnte hindurch als organisatorisches Bindeglied verstanden zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen (Geschichte, Soziologie und Agrarwissenschaften), den Fachmuseen und zahlreichen landwirtschaftsnahen Vereinigungen, Unternehmen und Interessengruppen. Darüber sah sich die GfA immer auch als Partner für Menschen, die sich ganz allgemein mit der Landwirtschaft und der ländlichen Welt verbunden fühlten. Insofern war die Gesellschaft immer mehr als eine Vereinigung von Wissenschaftlern. Das erschien so lange als unproblematisch, wie die weltanschaulichen Orientierungen der beteiligten Wissenschaftler, der Vertreter von Verbänden und Unternehmen sowie der übrigen Mitglieder sich weitgehend deckten. Dazu gehörte vor allem eine Präferenz für den bäuerlichen Familienbetrieb, dem nicht nur ökonomische, sondern auch sozialpolitische und sittliche Bedeutung zugemessen wurde. Die Wissenschaftler und die anderen Mitglieder der GfA einte die Zugehörigkeit zu einem konservativen sozialmoralischen Milieu.

Dieses Milieu befindet sich in Auflösung. In den landwirtschaftlichen Verbänden und Unternehmen dominiert mittlerweile das betriebswirtschaftliche Denken, so dass eine Mitgliedschaft in der GfA nicht länger als selbstverständliche Traditionspflege oder gar als Herzensanliegen erscheint, sondern vor allem als Kostenfaktor. Im Wissen-

---

\* Dieses Papier war eine Vorlage der AKA-Mitgliederversammlung am 1. Juli 2011 in Frankfurt.

schaftsbetrieb haben Agrargeschichte und Agrarsoziologie institutionell an Gewicht verloren: Die wenigen Lehrstühle wurden gestrichen bzw. umgewidmet, Institute geschlossen. Darin kommt sicherlich der relative sozio-ökonomische Bedeutungsverlust der Landwirtschaft innerhalb der deutschen Gesellschaft zum Ausdruck. Die Probleme haben aber auch damit zu tun, dass sich die Agrarfakultäten lange gegen bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Wandels gestemmt haben. Ökologisch begründete Kritik an der aktuellen Intensivlandwirtschaft wurde oftmals als unwissenschaftlich abgetan. Von den vielversprechenden Innovationen in den Life-Sciences haben vor allem andere Disziplinen profitiert. Die in raschen Schüben erfolgenden Umbrüche innerhalb der Sozial- und Geschichtswissenschaften – genannt seien die Stichworte Historische Sozialwissenschaft, Historische Anthropologie und Neuere Kulturgeschichte – haben zunächst weder an den Agrarfakultäten, noch in der Gesellschaft für Agrargeschichte einen Widerhall gefunden. Die Stärke der GfA, ihre Verankerung im landwirtschaftsnahen Milieu, verkehrte sich in dem Maße in eine Schwäche, in dem sich seit den 1970er Jahren Historiker und Soziologen der Erforschung ländlicher Gesellschaften zuwandten, die nicht aus diesem Milieu stammten.

Die Gründung des Arbeitskreises für Agrargeschichte (AKA) im Jahr 1994 ist vor allem auf diese Milieu-Unterschiede zurückzuführen. Im AKA haben sich fast nur Wissenschaftler zusammengeschlossen, mehrheitlich Historikerinnen und Historiker, aber auch einige Geographen, Ethnologinnen und Sozialwissenschaftler. Es handelt sich um einen Verbund mit Satzung, aber ohne Vereinsstatus. Kennzeichnend für den AKA sind eine gewisse Informalität der Umgangsformen und die Internationalität der Mitgliedschaft, die nicht nur aus Deutschland, sondern aus mehreren europäischen Ländern, den USA und Japan stammt. Zusammengehalten wird die Gruppe durch die gemeinsame Erfahrung als relative Außenseiter im Wissenschaftsbetrieb: Viele der zur Gründungszeit jungen Mitglieder standen (und stehen zum Teil heute noch) nicht in dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen. Auch die damals bereits Arrivierten sahen sich außerhalb des mainstreams der historischen Forschung, zum einen weil sie neue Fragestellungen und Methoden ausprobierten, zum anderen weil sie mit der ländlichen Gesellschaft ein Feld beackerten, das nicht sonderlich ‚chic‘ war. Mittlerweile zeigt sich, dass der AKA Probleme hat, jüngere Nachwuchswissenschaftler anzusprechen und an sich zu binden. Er muss gegensteuern, will er nicht als ein generationelles Projekt in Vergreisung enden.

Das ist auf den ersten Blick eine wenig hoffnungsvolle Analyse. Es gibt jedoch aktuell mehrere Anzeichen für eine positive Entwicklung: Die GfA konnte die Mitgliederzahlen in den letzten Jahren stabil halten, trotz der Austritte von institutionellen und der Todesfälle von älteren Mitgliedern. Die GfA befindet sich auf dem Weg zu

einer Organisation von Wissenschaftlern und wissenschaftlich Interessierten. Dafür sind die thematisch ansprechenden Jahrestagungen, der Service der Agrarkulturerbe-Datenbank und die Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie verantwortlich, die nach dem relaunch im Jahre 2003 unter neuen Herausgebern wissenschaftliches Renommé zurückgewonnen hat.

Ähnliches lässt sich über den AKA berichten, der sich mit seinen Sommertagungen zu verschiedenen Fachthemen, in unregelmäßigen Abständen mit mehrtägigen Konferenzen zu zentralen Themen profiliert hat (1997: Formen der Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Moderne; 1999: Dorf und Stadt. Ihre Beziehungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart; 2004: Umweltgeschichte der Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert; 2006: Bauern als Händler. Ökonomische Diversifizierung und soziale Differenzierung bäuerlicher Agrarproduzenten im Zuge der Marktintegration (15.-19. Jahrhundert); 2009: Das Bild des Bauern vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert. Selbst- und Fremdzuschreibungen. Deutschland, Europa, USA).

Die wissenschaftlichen Vortragsveranstaltungen von GfA und AKA deuten schon auf die Konvergenz der Aktivitäten der beiden Vereinigungen hin. Damit nicht genug: Der ZAA steht der newsletter des AKA gegenüber. Während die GfA alle zwei Jahre den Agrarkulturerbepreis verleiht, vergibt der AKA im gleichen Rhythmus den Nachwuchspreis, mit dem hervorragende Studienabschlussarbeiten zu agrarhistorischen Themen prämiert werden. Hinzu kommt, dass die Herausgeber der ZAA vielfach in beiden Vereinigungen organisiert sind. Überhaupt mehren sich in den letzten Jahren die Doppelmitgliedschaften.

Angesichts der überschaubaren Gruppe einschlägig arbeitender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellt sich die Frage künftiger Perspektiven. Benötigen wir wirklich zwei Treffen der beiden Vereinigungen, die zudem zeitlich nah zueinander jeweils im Frühsommer stattfinden? Vor allem: Können wir beide Jahrestagungen dauerhaft auf dem erreichten Niveau beschicken? Wie positionieren sich GfA und AKA gegenüber der neuen European Rural History Organisation? Was wollen die Beteiligten auf mittlere Sicht erreichen? Wie können wir jüngere Forscherinnen und Forscher gewinnen, damit sie sich der Erforschung von Geschichte und Gegenwart ländlicher Gesellschaften zuwenden?

Ich schlage vor, die Angelegenheit nicht übers Knie zu brechen. Zunächst sollten sich die beiden Mitgliederversammlungen von GfA und AKA in diesem Jahr (2011) mit dem Vorschlag für einen Zusammenschluss befassen. Um die nicht anwesenden Mitglieder des AKA nicht aus dem Entscheidungsprozess auszuschließen und dadurch eventuell von einer weiteren Mitarbeit abzuschrecken, plädiere ich nach Absprache mit den anderen Vorstandsmitgliedern für eine schriftliche Befragung aller Mitglieder,

ob und in welcher Weise der Zusammenschluss von AKA und GfA vorstättgehen kann. Falls die Mitglieder von GfA und AKA mit jeweils großer Mehrheit für den Zusammenschluss der beiden Vereinigung plädieren, kann man dann im Jahr 2012 (eventuell auch erst 2013) zu einem formellen Vereinigungstreffen einladen, auf dem ein neuer gemeinsamer Vorstand gewählt werden müsste. Damit würden sich einige praktische Probleme stellen:

- Es erscheint mir wenig sinnvoll, den Vereinsstatus der GfA und ihr Vermögen aufzugeben, aber eine Satzungsänderung wird erforderlich sein. Die Mitglieder des AKA sollten aufgefordert werden, dem „reformierten“ Verein beizutreten.
- Die finanziellen Konsequenzen eines Zusammengehens von AKA und GfA sollten genau bedacht werden. Sind alle Mitglieder des AKAs bereit, einen höheren Beitrag zu zahlen, der dann unweigerlich nötig wird? Bisher kostet die AKA-Mitgliedschaft 20,- € pro Jahr (ermäßigter Beitrag 10,- €); die Mitgliedschaft in der GfA ist mit 50,- € (ermäßigt 25,- €) deutlich teurer, allerdings erhalten Mitglieder automatisch die ZAA, was ein unschlagbar günstiges Angebot darstellt.
- Um die Vorteile und guten Traditionen der beiden Vereinigungen zu verbinden, befürworte ich die Koexistenz von ZAA (als wissenschaftliche Zeitschrift) und newsletter (als interne Mitgliederinformation).
- Die homepages sind bereits vielfältig verlinkt. Sie müssten zusammengeführt werden.
- Auch sollten die beiden Preise von Jahr zu Jahr alternierend vergeben werden.
- Allerdings plädiere ich dafür, künftig nur noch eine Fachtagung zu einem Rahmenthema im Frühsommer zu veranstalten, in unregelmäßigen Abständen ergänzt um mehrtägige Konferenzen zu zentralen Themen.
- Die Anstrengungen, neue Mitglieder zu gewinnen, müssten verstärkt werden. Die beste Werbung besteht meines Erachtens in attraktiven Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

### Kassenbericht des Arbeitskreises für Agrargeschichte

Berichtszeitraum: 2.7.2009-4.6.2010, Kassenführer: Johannes Bracht

<b>Einnahmen</b>	<b>Euro</b>
1. Mitgliederbeiträge	3130,00
2. Tagungsfinanzierung Agrarprojekt Uekötter	3000,00
3. Werbung im Newsletter	150,00
4. Zinsen	101,22
5. Teilnahme-Beiträge Sommertagung 09	894,00
6. Spenden	13,00
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>7288,22</b>

<b>Ausgaben</b>	
7. Konferenzort Sommertagung 09	2.726,80
8. Reisekosten Sommertagung 09	1.282,77
9. Website (J. Bracht/ Kontent GmbH)	508,20
10. Plakate Förderpreis 2010	206,79
11. Girokontoführung (incl. Zinsen)	73,16
12. Bildrecht Newsletter 26	17,00
13. Steuern und Soli	26,68
14. Schriffführung (Porto)	127,70
15. Beitragsrückerstattungen	100,00
16. Lastschriftrücknahme (Mitglied)	41,00
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>5.110,10</b>

**Saldo Einnahmen minus Ausgaben** **2.178,12**

<b>Guthaben</b>	<b>am 2.7.2009</b>	<b>am 4.6.2010</b>	<b>Zuwachs</b>
Tagesgeldkonto	3.732,29	3.704,90	
Girokonto	514,79	2.720,30	
<b>Summe Guthaben</b>	<b>4.247,08</b>	<b>6.425,20</b>	<b>+ 2178,12</b>

<b>Außenstände</b>	<b>Abgeschrieben*</b>	<b>Ausstehend</b>
Mitgliedsbeiträge 2006-10	360,00	2070,00
<b>Summe Außenstände</b>		<b>2070,00</b>

<b>Verbindlichkeiten</b>	
Druckkostenzuschuss „Bauern als Händler“	500,00
Druck Newsletter 26	350,80
Druck Newsletter 27	ca. 300,00
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>ca. 1150,80</b>

\* Austritte ohne Begleichung der Rückstände.

**Kassenbericht des Arbeitskreises für Agrargeschichte**

Berichtszeitraum: 5.6.2010-27.6.2011, Kassenführer: Johannes Bracht

<b>Einnahmen</b>	<b>Euro</b>
1. Mitgliederbeiträge	1870,0
2. Rückbuchung Newsletter 27	351,30
3. Zinsen	63,74
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>2285,04</b>

<b>Ausgaben</b>	
4. Catering Sommertagung 09	225,90
5. Newsletter 26	350,80
6. Website	13,20
7. Newsletter 27	351,30
8. Druckkostenzuschuss „Bauern als Händler“	1000,00
9. Förderpreis 2010	1000,00
10. Steuern und Soli	16,80
11. Schriftführung (Porto)	168,76
12. Lastschriftrücknahme (Mitglied)	36,00
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>3162,76</b>

**Saldo Einnahmen minus Ausgaben** **-877,72**

<b>Guthaben</b>	<b>am 4.6.2010</b>	<b>am 27.6.2010</b>	<b>Zuwachs</b>
Tagesgeldkonto	3.704,90	3.747,06	
Girokonto	2.720,30	1.800,42	
<b>Summe Guthaben</b>	<b>6.425,20</b>	<b>5.547,48</b>	<b>-877,72</b>

	<b>Ausstehend</b>
Mitgliedsbeiträge 2008	75 (5 á 15)
Mitgliedsbeiträge 2009	420 (28 á 15)
Mitgliedsbeiträge 2010	660 (33 á 20)
Mitgliedsbeiträge 2011	1.460 (73 á 20)
<b>Summe Außenstände</b>	<b>2.615</b>

<b>Verbindlichkeiten</b>	
Druckkostenzuschuss „Bauern als Händler“ (gebucht am 28.6.2011)	400,00
Websitepflege August 2010 bis Juli 2011	420,00
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>820,00</b>

# Förderpreis 2012 Agrargeschichte

Bereits zum dritten Mal seit 2008 schreibt der Arbeitskreis für Agrargeschichte den Förderpreis Agrargeschichte, dotiert mit 1000 Euro, aus. Prämiert werden die besten Studienabschlussarbeiten zu agrargeschichtlichen Themen, etwa zu:

**Umwelt – Kulturlandschaft – Technik – Wirtschaft – Gesellschaft – Familie –  
Demografie – Alltag – Sachkultur – Politik**

## Adressaten

Der Arbeitskreis ermutigt Absolventen und Absolventinnen der Geschichte (aller Epochen), Volkskunde bzw. Europäischer Ethnologie, Geografie, Soziologie, Politologie, Kunstgeschichte, Ur- und Frühgeschichte, Archäologie, Stadt- und Landschaftsplanung sowie verwandter Fächer, sich mit einschlägigen Beiträgen zu beteiligen. Prämiert werden Studienabschlussarbeiten (Master bzw. vergleichbare Abschlüsse) der Jahre 2010 und 2011 (Datum des Abschlusses). Diese dürfen noch nicht veröffentlicht sein.

## Auswahl

Die Jury wird gebildet aus dem vierköpfigen Vorstand des AKA. Bei einem Mangel an geeigneten Beiträgen wird kein Preis vergeben. Bei mehreren preiswürdigen Arbeiten wird die Preissumme geteilt. Eine Rechtspflicht zur Verleihung der Preise besteht nicht. Bewerbungen von AKA-Mitgliedern sind zulässig.

## Kriterien

Die Arbeiten können interdisziplinär angelegt sein und Felder der Agrargeschichte mit anderen geschichtlichen Bereichen verknüpfen. Wesentliches Kriterium für die Aufnahme in den Wettbewerb ist, dass ein Beitrag zur Agrargeschichte des deutschsprachigen Raumes geleistet wird. Wesentliche Kriterien der Prämierung sind die Relevanz der Problemstellung, die Originalität der Methode und die Qualität der Argumentation.

## Formalia

Die Arbeiten müssen deutsch- oder englischsprachig sein. Die Bewerbung muss enthalten:

- einen Lebenslauf der Autorin/ des Autors
- ein Manuskript der Arbeit
- eine Zusammenfassung der Arbeit von ca. 1500 Zeichen
- eine CD-Rom mit Pdf-Dateien von Zusammenfassung, Manuskript und Lebenslauf
- eine Kopie des Abschlusszeugnisses

## Adresse

Die Beiträge sind bis zum 31.1.2012 an den Vorsitzenden des AKA zu senden:

Prof. Dr. Stefan Brakensiek  
Universität Duisburg-Essen  
Historisches Seminar  
45117 Essen

Westfälische Bibliothek der  
Landwirtschaft

### Historischen Buchbestand übernommen

Sie tragen Titel wie „Der chemische Ackersmann“ und „Die Schweinezucht in ihrem ganzen Umfang“ und dienten im 19. Jahrhundert dem landwirtschaftlichen Fortschritt in Westfalen: Fachbücher des Landwirtschaftlichen Hauptvereins Münster und der ehemaligen Landwirtschaftsschule Lüdinghausen.

Dem Landwirtschaftsverlag Münster-Hiltrup ist im vergangenen Oktober in Zusammenarbeit mit dem Buchantiquar Winfried Geisenheyner gelungen, diesen wertvollen Buchbestand auf einer Auktion zu erwerben und für Westfalen zu sichern.

Darunter befinden sich seltene Stücke wie ein früher Jahrgang der 1844 gegründeten „Landwirtschaftlichen Zeitung für Westfalen und Lippe“ (Vorläuferin des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes“), die 1846 in Münster publizierte „Kurze Anleitung zur Aufzucht und Verbesserung der Pferde“ und eine Abhandlung „Ueber die Erziehung der Kernobstbäume, vorzüglich in gebirgigen Gegenden“, gedruckt 1834 in Arnsberg.

Doch man nahm nicht nur regionale Literatur zur Kenntnis. Bücher wie z. B. „Vom englischen und schottischen Ackerbau“ trugen ebenso zum Wissenstransfer bei wie damals hochaktuelle Informationen etwa über Guano als neues Düngemittel und den Einsatz von Lokomobilen in der Landwirtschaft.

Der Buchbestand findet Eingang in die Westfälische Bibliothek der Landwirtschaft Münster-Hiltrup, die sich im Aufbau befindet und in absehbarer Zeit auch der Forschung zugänglich gemacht

werden soll. Die Bibliothek dokumentiert mit nunmehr ca. 5000 Bänden die Modernisierung der Landwirtschaft von der Aufklärung im 18. Jahrhundert bis zum Strukturwandel der Nachkriegszeit, der Schwerpunkt liegt dabei auf praxisorientierter Ratgeber- und Ausbildungsliteratur.

In kaum einem Bereich ist das Bewusstsein für die eigenen historischen Traditionen so wichtig wie in der Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsverlag möchte mit der Bibliothek seinen Teil dazu beitragen, dass diese historischen Traditionen bewahrt und erforscht werden.

INFO: Roland Linde, Freier Mitarbeiter des Landwirtschaftsverlags Münster-Hiltrup, E-Mail: [Roland.Linde@gmx.de](mailto:Roland.Linde@gmx.de)

Zweite „Rural History“-Konferenz 2013

### European Rural History Organisation in Gründung

Am Rande der ersten großen europäischen Tagung zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft vom 13. bis 16. September 2010 in Brighton haben sich die rund 240 anwesenden Wissenschaftler für die Gründung der „European Rural History Organisation (EURHO)“ ausgesprochen. Beschlossen wurde ein erstes Personaltableau und die Fortsetzung der Planungen samt formaler Vereinssetzung und –registrierung. Die Gründungsversammlung soll im Rahmen der European Social Science History Conference 2012 in Glasgow stattfinden.

Die Aktivitäten der EURHO sind bereits formuliert: So werden eine Internetpräsenz unter [www.ruralhistory.eu](http://www.ruralhistory.eu) und ein Newsletter erstellt werden, und



vor allem die zukünftigen Rural History Konferenzen organisiert werden. Die nach Brighton zweite Konferenz soll bereits im Frühjahr 2013, voraussichtlich in der Schweiz, stattfinden.

Geleitet wird die EURHO von einem vierköpfigen Gremium, bestehend aus Richard Hoyle als Präsident, Rosa Congost und Leen van Molle als Vize-Präsidenten und Ernst Langthaler als Sekretär und Kämmerer. Als deutscher Vertreter gehört Stefan Brakensiek zum erweiterten Kreis der National- und Regionalrepräsentanten.

Archiv für Agrargeschichte (AfA)

#### **Forschungsprojekt „Die agrarisch-industrielle Wissensgesellschaft“**

Im neuen, auf drei Jahre angelegten und vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziell unterstützten Forschungsprojekt untersucht das *Archiv für Agrargeschichte (AfA)* die *agrarisch-industrielle Wissensgesellschaft* im 19./20. Jahrhundert.

Als agrarisch-industrielle Wissensgesellschaft (AIW) werden jene *Akteure*, *Institutionen* und *Diskurse* bezeichnet, die seither an der Transformation und Weiterentwicklung des Agrarsektors maßgeblich beteiligt waren und damit bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts auch einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Industriegesellschaft ausübten. Von einer *agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft* wird gesprochen, weil an diesem komplexen Entwicklungsprozess sowohl *Akteure* und *Institutionen* aus dem Agrarbereich als auch der Industriegesellschaft beteiligt waren, deren Wissenssysteme durch

soziale und diskursive Interaktionsformen konstituiert wurden.

Entstanden ist die AIW, so die Ausgangsthese, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich zwischen der Industriegesellschaft und ihrem Agrarsektor ein ressourcenbedingtes Spannungsfeld bildete, weil sich als Folge der thermoindustriellen Revolution die Grenzen und Potenziale der Produktion im Agrar- und Industriebereich ungleich entwickelten. Die Akteure, die diesen grundlegenden Unterschied zwischen der Industriegesellschaft und ihrem Agrarsektor in der Mitte des 19. Jahrhunderts wahrgenommen haben, bilden gewissermaßen den Kern der AIW. Zu ihr gehörten in der Folge sowohl diejenigen, die versuchten, die bäuerliche Landwirtschaft nach der Logik der Industriegesellschaft zu modellieren wie auch diejenigen, die diese Zugriffe aktiv zurückwiesen und bäuerlichen Entwicklungsvorstellungen zum Durchbruch verhelfen wollten. Zur AIW gehörten aber auch diejenigen Akteure und Institutionen, die sich zwischen diesen Polen bewegten und in der Folge die Modernisierung sowohl des Agrar- als auch des Ernährungssektors wesentlich prägten. In diesem, in der neueren Literatur auch als Prozess der „Integration durch Unterordnung“ bezeichneten Wettbewerb um die Deutungshoheit über den „richtigen“ Umgang mit der bäuerlichen Landwirtschaft spielten die Generierung, Verbreitung, Transformation und Verweigerung von Wissensformen eine zentrale Rolle. Dabei orientierte sich das identifizierte und propagierte „nützliche Wissen“ zunehmend, aber nie ausschließlich, an den für die Industriegesellschaft charakteristischen *Technologien* sowie den Formen der *Arbeitsorganisation*. Weil

zudem immer wieder versucht wurde, auch die agrarische Produktion von der *Nutzung lebender* auf die Grundlage des *Verbrauchs mineralischer* Ressourcen zu stellen, ermöglicht eine Analyse der Wissensdiskurse in diesen drei Bereichen die wechselnde Zusammensetzung der AIW sichtbar und damit als Untersuchungsgegenstand auch thematisierbar zu machen. Dazu werden zahlreiche, vom Archiv für Agrargeschichte in den letzten Jahren neu erschlossene Archivbestände ausgewertet, die umfangreiches Material enthalten.

Gefragt wird in diesem Projekt nach den unterschiedlichen *Wissensformen* sowie der Bedeutung, die ihnen bei der Konstituierung und Entwicklung der AIW zukamen. Gefragt wird auch, wie sich die AIW sowohl auf den *Agrarsektor* als auch die *Industriegesellschaft* ausgewirkt haben und ob heute überhaupt noch von einer *agrarisch-industrielle Wissensgesellschaft* gesprochen werden kann – oder was allenfalls an ihre Stelle getreten ist?

Weitergehende Informationen unter [www.agrararchiv.ch](http://www.agrararchiv.ch).

Kooperation von Forschungsinstitut und Landesarchiv NRW

#### **Quellen und Daten zur Wanderarbeit im Internet**

Das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam (IISG) haben eine Kooperation begonnen. Das ge-

meinsame Internetportal „Lippische Ziegler“ ([www.iisg.nl/migration/ziegler/](http://www.iisg.nl/migration/ziegler/)) präsentiert digitalisiertes Archivgut zur Geschichte der Wanderarbeiter aus Lippe. Das zwischen Ostwestfalen und Weserraum gelegene Fürstentum Lippe war vom 18. bis zum 20. Jahrhundert Ausgangsregion für Tausende von Ziegeleiarbeitern. Die Niederlande waren ein frühes Ziel der Ziegler, die sich in den großen Kreis der Hollandgänger aus dem Rheinland und Westfalen einreihen.

Das Portal bietet Archivbestände des Landesarchivs NRW, Quellenkunde und Forschungsergebnisse zur historischen Arbeitsmigration. Das Portal bietet sich für die Forschung an, aber auch als Mittel der universitären Lehre.

Jan Lucassen und Piet Lourens vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG) in Amsterdam erforschen seit vielen Jahren die Geschichte der Ziegeleiarbeiter, deren Arbeitsbiografien und familiäre Situationen. Grundlage dafür sind die im Landesarchiv NRW am Standort Detmold aufbewahrten Akten. Lucassen sagte auf einer Feierstunde anlässlich des Starts der Website: „Nirgendwo sonst auf der Welt lassen sich so viele und dichte Informationen zu Saisonarbeitern mit Angaben zu Herkunft und Zielort für einen so großen Zeitraum und eine so frühe Zeit in diesem Umfang finden. Für die Geschichte der Migration, der Arbeit und der Familien sind sie von unschätzbarem Wert.“